

22. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

28. – 30. November 2003, Messe, Dresden

Grüne

Beschluss

Haushalt

1. Der Haushalt 2004 wird in der angehängten Fassung beschlossen
2. Der Nachtragshaushalt für 2003 wird in der angehängten Fassung beschlossen.



◆ **Haushaltsplanung 2004**

Vorwort Seite 2-3

◆ **Beschluß des Bundesfinanzrates zum Haushalt 2004
und zur mittelfristigen Finanzplanung**Seite 4

◆ **Haushalt 2004** Seite 5 - 12

Der Haushalt 2004 im Überblick Einnahmen Seite 5-7

Ausgaben im Detail Seite 8

Erläuterungen zum Entwurf Ausgaben Seite 9-10

Stellenplan 2004..... Seite 11

Europawahletat 2004..... Seite 12

◆ **Nachtragshaushalt 2003**Seite 13

◆ **Abschluß 2002** Seite 14 - 21

Der Wahletat 2002..... Seite 14-15

Haushaltsabschluß 2002 Erläuterungen Seite 16-18

Haushaltsabschluß 2002 Soll - Ist Seite 19-20

Bilanz 2002 der Bundespartei..... Seite 21

◆ **Finanzbericht des Bundesschatzmeisters**..... Seite 22 - 29

◆ **Zur Vermögenssituation der Partei Ende 2002**

Übersicht 2001/2002 Gesamtpartei..... Seite 30

Vermögensentwicklung der Landesverbände und der Untergliederungen..... Seite 31

12.11.2003

Dietmar Strehl

Vorwort

Liebe Delegierte,

wir stehen wieder mal vor einem spannenden Wahljahr. Die Europawahl wird zeigen, ob sich unser herausragendes Bundestagswahlergebnis und die nach wie vor hohen Umfragen auch bei der nächsten bundesweiten Abstimmung bewahrheiten. Mit den 3 Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg werden wir die große Chance haben, endlich auch in Ostdeutschland in den Landtagen vertreten zu sein. Und wir haben für die kommunale Ebene etwas gutzumachen. Im nächsten Jahr sind 8 Kommunalwahlen, über 54% der deutschen Wahlberechtigten werden zu den Urnen gerufen. Die jeweils letzten Kommunalwahlen haben alle im Jahre 1999 stattgefunden, einem Jahr das politisch durch die Bundesebene und die Regierungsbeteiligung sehr negativ beeinflusst war. Die Wahlen nach der Bundestagswahl haben es gezeigt, wir haben die Trendänderung geschafft. Sowohl zu den Landtagswahlen aber auch bei den Kommunalwahlen gab es deutlich bessere Ergebnisse. Dieses stimmt uns auch für die Wahlauseinandersetzungen im kommenden Jahr positiv.

Im kommenden Jahr wird sich auch herausstellen, ob wir mit den Finanzen der Bundesebene endlich wieder in ruhigeres Fahrwasser geraten. Ich sage es sehr deutlich, zur Zeit ist die Finanzlage der Bundespartei äußerst schlecht. Wir haben trotz besseren Wahlergebnisses zur Bundestagswahl einen überplanmäßigen Verlust im letzten Jahr von knapp 1 Mio Euro zu verzeichnen. Die Gründe hierfür könnt ihr im **Finanzbericht ab Seite 21** nachlesen. Das Vermögen der Bundespartei ist damit zum ersten Male negativ. Ein Zustand der sehr schnell wieder beendet werden muß.

Auch die Planung für 2003 war nicht haltbar, da neben zu geringen Einnahmen auch noch zusätzliche Ausgaben zu verkraften waren, die die Bundespartei nicht durch Umwidmungen im Haushalt tragen konnte. Die Urabstimmung hat zwar einen innerparteilichen Streit beigelegt, hat aber dennoch zusätzliche Ausgaben verursacht. Auch die SonderBDK in Cottbus und der Kongreß zur Sozialpolitik in Düsseldorf war sehr erfolgreich, aber kostenintensiv. Neben diesen politisch gewollten Ausgaben gab es zusätzlich im Vergleich zu den Erwartungen geringere Einnahmen bei den Mitgliedsbeiträgen und den Spenden. Und das obwohl unsere Testerkampagne erfolgreich war und wir über die Bundesebene über 800 neue Mitglieder in 2003 begrüßen konnten. Den **Nachtragshaushalt für 2003** findet ihr auf der **Seite 12**.

Der Nachtragshaushalt 2003 wird auch vom Bundesfinanzrat zur Annahme empfohlen.

Mit der Finanzlage hat sich der **Bundesfinanzrat** auf 4 Sitzungen in diesem Jahr beschäftigt. Den bisher letzten Diskussionsstand findet Ihr auf **Seite 4** dieser Broschüre.

Der Bundesvorstand hatte zur Sitzung des Bundesfinanzrates am 1.11.2003 einen Haushaltsvorschlag für 2004 vorgelegt, der mit deutlicher Mehrheit im Bundesfinanzrat abgelehnt worden ist. Insbesondere die Idee, den Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Landesverbänden einmalig von 30% zu 70% auf 34% zu 66% zu verändern, um damit auch die notwendigen Mittel für die Erhöhung des Wahletats zur Europawahl zu haben, fand keine Mehrheit.

Auch gab es Kritik an der Vorstellung, bei der Beitragsumlage einen jährliche Indexerhöhung seit 1.1.2000 von jährlich 2% oder 5 Cent pro Mitglied und Monat einzuführen.

Inzwischen hat der Bundesvorstand einen geänderten Plan vorgelegt, der jetzt auf diesen Vorschlag verzichtet. Der Bundesfinanzrat hatte eine Arbeitsgruppe von 8 Mitgliedern beauftragt, um für den Haushalt 2004 noch zu einer Verständigung mit dem Bundesvorstand zu gelangen. Diese Verständigung ist mit dem vorliegenden **Haushaltsplan 2004 (Seite 5 – 9)** gelungen. Auch der **Europawahletat (Seite 11)** ist durch einen Zuschuß der Landesverbände in Höhe von 300.000 Euro finanziert.

Die strukturellen Probleme konnten wir damit aber noch nicht lösen. Dieser Aufgabe wird sich auch der Bundesfinanzrat im nächsten Jahr widmen. Hierzu gibt es durchaus unterschiedliche Ansätze, die die Partei diskutieren muß. Selbstverständlich spielen dabei auch die Wahlergebnisse im nächsten Jahr eine gewichtige Rolle. Aus diesem Grunde haben wir uns auch in Absprache mit dem Bundesfinanzrat entschieden, jetzt keine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen.

Mit diesem Haushaltsplan ist gesichert, dass wir einen guten Europawahlkampf führen können. Wir haben Mittel zur Verfügung für die Landtagswahlkämpfe im Osten und wir können eine 2 tägige BDK im Herbst finanzieren.

Hierfür bitte ich Euch um Eure Zustimmung.

Dietmar Strehl
im November 2003

Beschluß des Bundesfinanzrat vom 1.11.2003

Gegenstand: Haushalt 2004, mittelfristige Finanzplanung 2004 – 2007

- 1.) Der Bundesfinanzrat stellt fest, dass die Finanzlage des Bundesverbandes sich durch regelmäßige und erhebliche Haushaltsüberschreitungen und Haushaltsdefizite in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert hat. Mit dem Rechnungsergebnis 2002 wurde erstmals ein negatives Vermögen in beträchtlicher Höhe erwirtschaftet. Die Liquidität des Bundesverbandes ist in Frage gestellt.
- 2.) Bereits in den vergangenen Jahren wurden Landes- und Kreisverbände wiederholt zum Ausgleich von Haushaltsdefiziten des Bundesverbandes in die Pflicht genommen. Eine ungebremste Fortsetzung dieses Verfahrens würde mittelfristig auch die Finanzlage der Landes- und Kreisverbände ernsthaft gefährden.
- 3.) Der Bundesfinanzrat stellt fest, dass der vom Bundesvorstand am 27.10.2003 verabschiedete Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2004 sowie die dem Bundesfinanzrat am 01.11.2003 vorgelegte mittelfristige Finanzplanung bis 2007 keine hinreichenden Ansätze für eine Sanierung der Finanzen des Bundesverbandes aufzeigen. Ohne nennenswerte Reduzierung der Ausgaben stützt sich die Finanzierung des vorgelegten Entwurfes vielmehr erneute auf eine zusätzliche Belastung von Landes- und Kreisverbänden sowie unrealistische Erwartungen im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Einnahmen. Weitere Haushaltsdefizite und damit eine weitere Verschlechterung der Vermögenslage des Bundesverbandes wären nach Auffassung des Bundesfinanzrates damit bereits vorprogrammiert. Eine solide Finanzierung des Bundestagswahlkampfes in 2006 ohne erneute erhebliche und außerordentliche Zuschüsse aus den Landes- und Kreisverbänden ist auf Grundlage der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung nicht gewährleistet.
- 4.) Der Bundesfinanzrat lehnt eine zusätzliche Umverteilung von Finanzmitteln an den Bundesverband unter den gegebenen Voraussetzungen entschieden ab und weist entsprechende Absichten des Bundesvorstandes zurück.
- 5.) Der Bundesfinanzrat fordert den Bundesvorstand auf, mit einer neuen mittelfristigen Finanzplanung strukturelle und substanzielle Einsparungen spätestens mit Wirkung zum Haushaltsjahr 2005 im Vergleich zu 2004 in einer Größenordnung von jährlich mindestens 500.000 Euro vorzulegen.
- 6.) Der Bundesfinanzrat erklärt sich bereit, an der Verabschiedung eines neuen Haushaltes für das Wahljahr 2004 konstruktiv mitzuwirken und insbesondere durch Bereitstellung von außerordentlichen Zuschüssen aus den Landes- und Kreisverbänden in einer Höhe von bis zu 300.000 Euro im Jahr 2004 für eine verbesserte Ausstattung des Wahlkampfhaushaltes des Bundesverbandes zur Europawahl erneut einen eigenen Beitrag zu leisten. Der Haushalt für 2004 muss auf weitere darüber hinausreichende Umverteilungen von Finanzmitteln aus den Landes- und Kreisverbänden zugunsten des Bundesverbandes verzichten.*
- 7.) Die nach Auffassung des Bundesfinanzrates unvermeidlichen Einsparungen beim Haushalt des Bundesverbandes ab dem Haushaltsjahr 2005 haben aller Voraussicht nach Änderungen der Bundessatzung bereits im Jahr 2004 zur Voraussetzung. Der Bundesfinanzrat empfiehlt dem Bundesvorstand, den Bundesfinanzrat und die Landesvorstände zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen, um Fragen der Umsetzung zu beraten.

* Protokollnotiz: *Hierbei sind auch Beitragsindexerhöhung gemeint.*

Der Haushalt 2004

Haushalt 2004 der Bundespartei im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2003

A. Reinvermögen 01.01.		-393.186	-326.828
		Bundsvorstand	
		Beschluß	
		10.11.2003	
EINNAHMEN		BuVo - Nachtragshaushalt	2004 Plan
		2003 Plan	2004 Plan
1.	Mitgliedsbeiträge 2,55 €	1.349.600	1.361.700
2.	Spenden Regierungsebene	580.000	180.000
3.	Spenden Europaabgeordnete/EU-Kommissarin	60.000	105.000
4.	Spenden Personen	75.000	130.000
5.	Spenden Unternehmen	75.000	230.000
6.	Mieteinnahmen	51.000	56.710
7.	Sonstige Einnahmen	10.000	61.354
Zwischensumme Eigeneinnahmen		2.200.600	2.124.764
8.	Zuschüsse Gliederungen pro MDB = 800,00 €	0	402.000
9.	Staatliche Grundfinanzierung Bund - Anteil 30%	2.276.034	2.410.747
10.	Zuschuß zur Europawahl Länderanteil	0	300.000
11.	Wahlen - Materialverkauf	0	280.000
Zwischensumme externe Einnahmen		2.276.034	3.392.747
B.	GESAMT - EINNAHMEN	4.476.634	5.517.511

Erläuterung der Einnahmen

A: Eigeneinnahmen

1.) Zeile 1 **Mitgliederbeiträge**

Im Jahre 2002 hatten wir zum Jahresende 43.750 Mitglieder. Wir gehen jetzt für 2004 von 44.500 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt aus. Eine Erhöhung der Beitragsumlage um einen Index von 2% pro Jahr seit 1999 – entspricht 15 Cent - wird jetzt nicht beantragt

2.) Zeile 2 und 3 **Spenden der Abgeordneten:**

Hierin sind jetzt nur die Spenden der Abgeordneten aus dem Europaparlament und den MinisterInnen, den parlamentarischen StaatssekretärInnen und den Staatssekretären enthalten. Wir schlagen vor, die Spendenregelung zu verändern. Die Bundestagsabgeordneten zahlen ihren Beitrag an die Landesverbände. Der Bundesverband erhält im Gegenzug von den Landesverbänden einen pauschalen Zuschuß in Höhe von 800 Euro im Monat pro MDB. Siehe auch Antrag an diese BDK.

3.) Zeile 4 und 5 **Spenden von Personen und Unternehmen:**

Wir wollen insgesamt im Wahljahr zum Europaparlament 360.000 Euro an Spenden einwerben. Zum Vergleich zur Bundestagswahl 2002 haben wir über 980.000 Euro eingenommen.

4.) Zeile 6 **Mieteinnahmen**

Etwa 500 qm der Bundesgeschäftsstelle können vermietet werden. Zur Zeit sind 430 qm vermietet.

Beschluss zum Haushalt– BDK in Dresden am 28-30.11.2003

5.) Zeile 7 **Sonstige Einnahmen:**

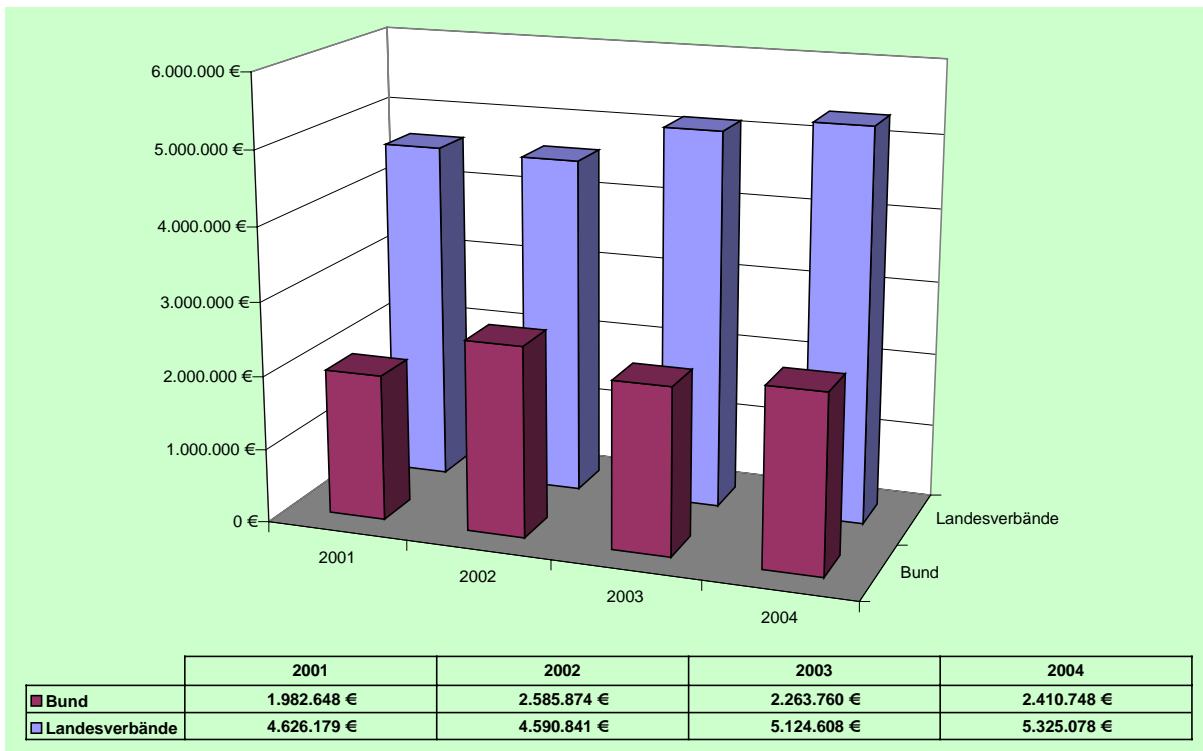
Hierin sind 15.000 Euro sonstige Einnahmen aus Verkauf von Geschäftsstellenausstattung u.a. enthalten. Außerdem sind für Zinseinnahmen aus Geldern aus der staatlichen Grundfinanzierung 46.000 Euro eingestellt. Diese dienen laut Beschluß des Bundesfinanzrates zur Gegenfinanzierung der Ostwahlkämpfe in 2004 (siehe Zeile 45).

6.) Zeile 8 **Zuschüsse Gliederungen:**

Das Verfahren für die Mandatsträgerbeiträge soll verändert werden. Die MDB' s zahlen ihre Beiträge an die Landesverbände. Zum Ausgleich des Bundesverbandes zahlen die Länder 800 € pro MDB als Zuschuß an den Bundesverband. Die Beiträge der Regierungsebene und von Europa gehen wie gehabt an den Bundesverband.

7.) Zeile 9 **Staatliche Finanzierung:**

In der jetzt vorliegenden Planung gehen wir bei einem Wahlergebnis von 8,6% von staatlichen Mitteln an die Bundespartei in Höhe von 8.03 Mio. Euro aus. (Zum Vergleich: In 2002 haben wir auf Bundesebene 7.54 Mio. Euro erhalten) Der Bundesverband erhält hiervon 30% 2.41 Mio. Euro. Die Landesverbände bekommen 70% oder 5.62 Mio. Euro (in 2002 waren es noch 4.6 Mio. Euro) Von diesen 5.6 Mio. Euro zahlen die Landes- und Kreisverbände 300.000 Euro Zuschuß zur Europawahl.



8.) Zeile 10 **Zuschuß zur Europawahl:**

Die Landes- und Kreisverbände zahlen nach Vereinbarung mit dem Bundesfinanzrat 300.000 Euro Zuschuß zur Europawahl. Dieser Betrag wird bei der Auszahlung der staatlichen Mittel in 2004 abgezogen.

Der geplante Sonderzuschuss der Landesverbände an den Bundesverband in Höhe von 300.000 Euro für den Europawahlkampf wird als zinsloses Darlehen ausgezahlt.

Das Darlehen wird Ende 2004 in einen Zuschuss umgewandelt, wenn der Europawahletat nicht überzogen wurde.

Beschluss zum Haushalt– BDK in Dresden am 28-30.11.2003

Umbuchungen zu Lasten des laufenden Haushalts, wodurch dieser dann nicht planmäßig abschließen würde, werden bei der Feststellung, ob der Europawahlkampf ohne Überziehungen abgeschlossen wurde, nicht herangezogen.

Spendeneinnahmen können den Europawahletat erhöhen, sofern sie die gesamten im laufenden Etat eingeplanten Spenden überschreiten.

- 9.) Zeile 11 **Wahlen Materialverkauf**: Hier wird jetzt neu der Verkauf der Wahlmaterialien an die Kreis- und Ortsverbände ausgewiesen. Im Wahletat korrespondiert hierzu die Position „Produktion Wahlmaterial“. Wir gehen davon aus, dass wir mindestens 80% der Kosten decken können. Bei der Bundestagswahl hatten wir einen Kostendeckungsgrad von knapp über 100%.

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

	Bundesvorstand	
	BuVo - Nachtragshaushalt	Beschluß
AUSGABEN	2003 Plan	10.11.2003 2004 Plan
12. Personalkosten laut Stellenplan	1.325.000	1.333.489
13. Sonstige Personalkosten	45.000	40.000
Personalkosten - Summe	1.370.000	1.373.489
14. lfd. Geschäftsbetrieb	365.000	329.160
15. Zinsbelastung Kredite	140.000	146.000
16. Abschreibungen	100.000	90.000
17. Hauskosten/Zinsen Hauskredite	410.092	403.092
laufender Geschäftsbetrieb - Summe	1.015.092	968.252
18. Büro Grün	60.000	60.070
19. BDK Cottbus 2003 in Spalte 2004 Herbst-BDK	69.000	320.000
20. Länderräte	20.000	25.400
21. Frauenräte	20.000	20.200
22. Bufirat/Landesvorstände	7.000	7.070
23. Aufwand Diverse	25.000	25.250
24. Frauenkonferenz	0	45.000
25. Mitgliederzeitung	70.000	70.700
26. Internetredaktion/CMS/Server (1/2)	85.000	70.700
27. Zuschuß Jugendverband	104.000	104.000
28. Testerkampagne/Urabstimmung	120.000	0
29. Aufwand BAG'en	117.000	118.700
Gremienkosten - Summe	697.000	867.090
30. Personalkosten	415.184	423.488
31. Aufwand BuVo/Parteirat	185.000	165.000
BuVo- und Parteiratskosten - Summe	600.184	588.488
32. Honorar Agentur	100.000	100.000
33. BAG - Aktionshaushalt	17.000	20.000
34. Zuschuß EFGP	17.000	19.000
35. AKP	6.000	6.000
36. Hochschulgruppen/ Forum Bürgerbewegung u.a.	9.000	9.000
37. Sommerakademie	40.000	35.000
38. Nachwuchsförderung BDK - Beschluss	11.000	20.000
39. Parteienabende bei Gewerkschaften	10.000	0
40. Wirtschaftspolitische Kommission	6.000	5.000
41. Grundsatzkommission	0	8.000
42. Aktionshaushalt des Bundesvorstandes	192.000	50.000
Öffentlichkeitsarbeit - Summe	408.000	272.000
43. Rücklagen Sonderbdk	0	0
44. Rücklagen Renovierung	0	0
45. Rücklagen Wahlen für BTW 2006	0	0
Ausgaben Rücklagen - Summe	0	0
46. Sonderetat - Ostwahlen (in 2003 Landtagswahlen im Westen)	20.000	120.000
47. Sonderetat - Europawahl	300.000	940.000
Ausgaben Wahlen - Summe	320.000	1.060.000
C. GESAMT - AUSGABEN	4.410.276	5.129.319
Gewinn/Verlust	66.358	388.192
D. Reinvermögen 31.12.ohne Rücklage	-326.828	61.364
E. Reinvermögen 31.12. mit Rücklage	-326.828	61.364

Erläuterung der Ausgaben

Personalkosten:

10.) Zeile 12 **BGST - Stellenplan** (siehe auch Seite 10)

Der Rahmen des Stellenplanes wird im Vergleich zum Plan 2003 nicht verändert Mit der Belegschaft ist vereinbart, dass insgesamt knapp 30.000 Euro an Leistungen des Arbeitgebers gestrichen werden. Hierzu gehört das Urlaubsgeld, Zuschuß zu den Fahrtkosten, sowie der Anteil an den vermögenswirksamen Leistungen. Es gibt aber auch eine Vereinbarung, diese Kürzung sozialverträglich zu gestalten.

11.) Zeile 13 **Sonstige Personalkosten:**

Es fallen folgende sonstige Personalkosten an:

Unfallberufsgenossenschaft 8.000 Euro Aushilfen/PraktikantInnen 17.000 Euro,
Stellenanzeigen und Weiterbildung 10.000 Euro.

Laufender Geschäftsbetrieb:

12.) Zeile 14 **Ifd. Geschäftsbetrieb** Hierin sind alle Kosten für das laufende Geschäft, wie z.B. Porto, Kopien, Versicherungen, Wirtschaftsprüferkosten, Rechtsberatungskosten, der dpa-ticker und periodenfremde Ausgaben enthalten. Der Betrag verringert sich im Vergleich zum Vorjahr, da aufgrund des Wahlkampfes 2002 noch periodenfremde Ausgaben von ca. 40.000 enthalten waren. (siehe auch Nachtragshaushalt 2003)

13.) Zeile 15 **Zinsbelastung Kredite**

Zum Jahresbeginn gehen wir von 3,7 Mio. Euro Kreditbedarf aus. Zum Ende des Jahres werden etwa 3,2 Mio. Euro gebraucht werden. Bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 4 % entstehen Zinsbelastungen von 146.000 Euro.

Der größte Teil dieser Kredite wird von den Kreis - und Landesverbänden eingebracht und erbringen damit auch den Untergliederungen höhere Zinseinnahmen, als zur Zeit bei den Banken zu erhalten sind.

14.) Zeile 16 **Abschreibungen**

Das Anlagevermögen beträgt insgesamt 357.000 Euro zum 31.12.2002. Ca 1/3 der Summe sind Büromöbel, EDV und Bürogeräte haben einen aktuellen Wert von 105.000 Euro. Die Fotovoltaikanlage steht mit 61.000 Euro in den Büchern. Der Zugang in diesem Jahr ist deutlich geringer als 2002, aus diesem Grunde wird die Abschreibungsrate um 10.000 Euro fallen.

15.) Zeile 17 **Hauskosten/Zinsen für Bankkredite**

Die Kreditaufnahme für die Immobilie betrug 6,38 Mio. Euro. Hieraus entstehen jährliche Kosten für Zinsen und Tilgung in Höhe von 470.000 Euro. Der Stand der Immobilienkredite zum Jahresende 2004 wird 5,86 Mio. Euro sein. Die Zinsbelastung fällt um 7.000 Euro. Weitere 48.000 Euro werden für die Grundsteuer und andere Nebenkosten eingestellt.

Gremienarbeit:

- 16.) Zeile 18-24 **Tagungen** Im nächsten Jahr wird es 1 BDK im Herbst geben. Geplante Kosten 320.000 Euro. Die Kosten für Büro Grün betragen 60.000 Euro. Im Frühjahr wird es zur Unterstützung der Wahlkampagne eine Frauenkonferenz mit einem Ansatz von 45.000 Euro geben. Weitere Kosten: zwei Frauenräte a 10.000 Euro, sowie die Finanzräte und andere Gremien mit 7.000 Euro ,sowie 2 Länderräte a 12.500 Euro. .
- 17.) Zeile 25 **Mitgliederzeitung**
Der Schrägstrich als MitgliederMagazin wird 4 mal im Jahr 2004 erscheinen.

Bundeschvorstand und Öffentlichkeitsarbeit

- 18.) Zeile 30 **Personal Bundesvorstand**
Die Erhöhung ergibt sich aus den Tarifen im Öffentlichen Dienst. Der Bundesvorstand erhält weiterhin entgegen den Tarifvereinbarungen nur 50% des 13.Monatsgehältes.
- 19.) Zeile 31 **Aufwand Bundesvorstand/Parteirat** Hierin sind alle Kosten für 6 Mitglieder des Bundesvorstandes (Handy, Reisekosten, Übernachtungskosten, Anteil an den Kosten des 2.Wohnsitzes, Sitzungsaufwand etc.) enthalten. Außerdem fallen regelmäßig Reisekosten für einen Teil der Parteiratsmitglieder an. Der Parteirat tagt im wesentlichen alle 2 Wochen.

20.) Zeile 32- 42 Öffentlichkeitsarbeit

Neben der Europawahl, den Landtagswahlen im Osten und im Saarland, sowie den 8 Kommunalwahlen wird im nächsten Jahr die Sommerakademie im Herbst zum Thema Bildungspolitik stattfinden. In diesem Etat sind die üblichen Zuschüsse für die Europäische Föderation – die sich übrigens im nächsten Jahr in Rom zu einer Europäischen grünen Partei wandeln wird – sowie für die kommunalpolitische Zeitung AKP und einige andere Verbände enthalten. Ein wichtiges Thema wird auch die Nachwuchsförderung sein. Hier wollen wir auf den guten Erfahrungen der Trainee- und Mentoringprogramme aufbauen. Die Grundsatzkommission und die wirtschaftspolitische Kommission haben ihre Arbeit aufgenommen. Im Etatansatz sind die Aufwendungen für 3 – 4 Sitzungen in Berlin enthalten. Der Bundesvorstand hat dann noch 50.000 Euro für eigene Aktionen.

- 21.) Zeile 43-45 Rücklagenbildung:** Die Mitglieder der Arbeitsgruppe des Bundesfinanzrat haben sich verständigt, an dieser Stelle keine Rücklagenbildung auszuweisen, da faktisch nicht Rücklagen gebildet werden können, sondern das Vermögen wieder aufgebaut werden muß. Bei der Debatte im Jahr 2004 muß insbesondere die Finanzierung des Bundestagswahlkampf besprochen werden. Dies zu beschreiben wird die Aufgabe der neuen mittelfristigen Finanzplanung.

Wahlhaushalt

- 22.) Zeile 46 **Sonderetat Ostwahlkämpfe** Die 3 Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben sich mit dem Bundesvorstand auf eine gemeinsame Kampagne zu den Landtagswahlen im Osten mit unserer Agentur „Zum goldenen Hirschen“ verständigt. Wir haben im nächsten Jahr damit alle Voraussetzungen geschaffen, dass die realistische Chance besteht, im nächsten Jahr in den 3 Ländern in die Landtage einzuziehen.

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

23.) Zeile 47 **Sonderetat Europawahl 2004**

Für die Europawahl hat der Bundesvorstand insgesamt 960.000 Euro zur Verfügung. 300.000 Euro werden bereits in 2003 für die BDK in Dresden benötigt. Damit bleibt für 2004 ein Etatansatz von 660.000 Euro. (genauere Erläuterungen auf Seite 11). Zum ersten mal in der Geschichte der Europawahlen werden wir mit den anderen europäischen grünen Parteien gemeinsam eine Wahlkampagne durchführen.

Stellenplan 2004

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BUNDESVERBAND * PERSONALKOSTEN 2003

Stand 6.11.2003

Tariferhöhung 1 % weitere 1 %	ab 1.1.2004 ab 1.5.2004 noch offen	Tarif	2003 Umfang	2002 Umfang
Bundesgeschäftsführung	Organisatorische GeschäftsführerIn	BAT 1A	1,00	1,00
	Assistentin Geschäftsführung	BAT 5B	1,00	1,00
Allgemeiner Geschäftsbereich	Sachbearbeitung Intranet/EDV	BAT 4B	1,00	1,00
	Sachb. Adressen	BAT 5B	0,50	0,50
	Telefondienst (Info,Post,u.a.)	BAT 5C	0,75	0,75
	Telefondienst (Info,Post,u.a.)	BAT 5C	0,75	0,75
	SachbearbeiterIn Organisation/Gremien	BAT 4B	1,00	1,00
Technischer Dienst	Hausmeister	BAT 6B	1,00	1,00
Vertrieb	Vertrieb	BAT 3	1,00	1,00
	Vertrieb	BAT 6B	0,53	0,53
	Vertrieb	BAT 6B	0,71	0,71
Bundesvorstand	BüroleiterIn Vorsitzende/r	BAT 2A	1,00	1,00
	SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C	1,00	1,00
	BüroleiterIn Vorsitzende/r	BAT 2A	1,00	1,00
	SekretärIn Vorsitzende/r	BAT 5C	1,00	1,00
	BüroleiterIn pol. Geschäftsf.	BAT 2A	1,00	1,00
	SekretärIn pol. Geschäftsf.	BAT 5C	1,00	1,00
	Sachbearbeitung Fundraising	BAT 5C	0,75	0,75
	Büroleitung Buvomitglied	BAT 2A	0,50	0,50
	Büroleitung Buvomitglied	BAT 2A	0,50	0,50
Frauenreferat	Frauenreferat	BAT 2A	1,00	1,00
Finanzreferat	Finanzbuchhaltung	BAT 3	1,00	1,00
	Finanz-sachbearbeitung	BAT 5B	0,75	0,75
	Finanzreferentin	BAT 2A	1,00	1,00
Presse - und Öffentlichkeitsarbeit	Pressesprecherin	BAT 1B	1,00	1,00
	Stv PressesprecherIn	BAT 2A	1,00	1,00
	Sekretariat Öffentlichkeitsarbeit	BAT 5C	0,50	0,50
	Mitarbeiterin E-mail Kommunikation	BAT 3	1,00	1,00
	Öffentlichkeitsreferent	BAT 2A	1,00	1,00
	Öffentlichkeitsreferentin halbe Stelle	BAT 2A	0,50	0,50
EDV	Internet	BAT 3	1,00	1,00
SUMME BUNDESGESCHÄFTSSTELLE			26,75	26,75
Gesamtkosten			1.385.452 €	
abzüglich Kostenanteil Versand BT-Fraktion			-24.565 €	
Einsparung Vereinbarung mit MitarbeiterInnen			-29.000 €	
Im Haushaltsplan damit eingestellt			1.331.887 €	

Sonderetat - Haushalt Europawahl 2004

	Ist 1999 Europawahl etat	Bundesvorstand Beschuß 10.11.2003
Einnahmen		
1. Materialverkauf	233.965	280.000
2. Zuschuß Landesverbände		300.000
Gesamt - Einnahmen	233.965	580.000
Ausgaben		
		BuVo
3. Personal - Aushilf./Praktik.	37.260	20.000
4. Anteil Europakampagne		50.000
5. Erfolgshonorar Agentur		60.000
6. BDK Dresden 2003	102.258	300.000
7. Geschäftsbetrieb	25.053	5.000
8. Reisekosten	8.967	20.000
9. Reisekosten Spitzenteam		20.000
10. Produktion Material	316.058	350.000
11. Anzeigen	84.117	10.000
12. Zielgruppen	43.384	5.000
13. Radio/Kino	48.584	90.000
14. Großflächen		115.000
15. Agentur	36.327	55.000
16. Infomaterial kostenlos	16.034	5.000
17. Großveranstaltungen	49.542	50.000
18. Sommerfest 09/2003 Europa		30.000
19. Sonstiges/Unvorhergesehenes		15.000
20. Internetredaktion	14.318	10.000
21. Internet		10.000
22. Schlußaktion		20.000
Gesamt - Ausgaben	781.903	1.240.000
* Abzug - Verbrauch 2003		-300.000
Gesamt - Ausgabenplan 2004		940.000
Netto-Wahletat 2003 und 2004	547.938	660.000

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

Nachtragshaushalt 2003

Stand 23.10.2003				
Einnahmen		2003 Plan	Nachtrags- haushalt erwartetes IST 2003	Veränderung im Vergleich zur BDK
Mitgliedsbeiträge	1.407.600 €	1.349.600 €	- 58.000 €	Statt 46.000 geplanter Mitglieder im Durchschnitt jetzt 44.100 im Jahresdurchschnitt
Spenden der Abgeordneten	780.000 €	640.000 €	- 140.000 €	Nach dem Stand der Spendenzusagen werden zum Jahresende von 11 Abgeordneten 140.000 Euro fehlen
Spenden Personen	150.000 €	75.000 €	- 75.000 €	Aktuell haben wir erst 35.000 € Spenden für den Haushalt einwerben können. Darüber hinaus, gab es Spenden für einzelne Aktionen (TesterInnen) Sommerfest, Fahrzeuge in einer Größenordnung von zusammen 40.000 €. Spendenaufrufe werden unmittelbar nach der Europabdk verstärkt mit dem Thema Europawahl ausgesendet. Die Rücklagenbildung zur BTW 2006 wird um 250.000 € gemindert.
Spenden Unternehmen	250.000 €	75.000 €	- 175.000 €	
Zwischensumme Spenden	1.180.000 €	790.000 €	- 390.000 €	
Mieteinnahmen	71.000 €	51.000 €	- 20.000 €	Aufgrund der Insolvenz eines Mieters fehlen seit März die Mieteinnahmen im Erdgeschoß
Sonstige Einnahmen	15.000 €	10.000 €	- 5.000 €	
Summe Eigeneinnahmen	2.673.600 €	2.200.600 €	- 473.000 €	
Zuschüsse Gliederungen	- €	- €		
Staatliche Grundfinanzierung Bund	2.265.534 €	2.276.034 €	10.500 €	Mehr aufgrund geringerer Wahlbeteiligung bei der Bayernwahl (Schätzung)
Gesamteinnahmen	4.939.134 €	4.476.634 €	- 462.500 €	
nachrichtlich				
Staatliche Grundfinanzierung Anteil Land	5.286.247 €	5.310.747 €	24.500 €	Mehr aufgrund geringerer Wahlbeteiligung bei der Bayernwahl (Schätzung)
Staatliche Grundfinanzierung Landeseuro	1.159.442 €	1.159.442 €		
Gesamteinnahmen Staatliche Mittel	8.711.223 €	8.746.223 €		

Ausgaben	2003 Plan	erwartetes Ist 2003		
Personalausgaben	1.410.000 €	1.370.000 €	- 40.000 €	Geringer aufgrund niedrigerer Stelleneinstufungen wg jüngerer MitarbeiterInnen, zugunsten Aktionshaushalt umgewidmet
Geschäftsbetrieb	324.000 €	365.000 €	41.000 €	Periodenfremde zusätzliche Wahlkampfkosten aus 2002 / Restabrechnung BAP - Auftritt und Koalitionsverhandlung
Zinsbelastung Kredite	100.000 €	140.000 €	40.000 €	Zusätzliche Zinsbelastung aufgrund geringerer Einnahmen und höherer Ausgaben
Hauskosten/Zinsen Hauskredite	501.092 €	410.092 €	- 91.000 €	Tilgung der Hauskredite war noch im HH- Ansatz, zusätzliche Kosten Energie u.a. 20.000 €
Gremienarbeit	509.000 €	697.000 €	188.000 €	Mehrkosten Urabstimmung 70.000 € , BDK Cottbus Anteil Bund 69.000 € , weiterer Zuschuß Jugend 4.000 € , Kosten Testerkampagne netto 50.000 € , Ein Länderrat wurde gestrichen - 20.000 € Höherer Aufwand Internet wg Redaktion und CMS 15.000 €
Bundesvorstand/Parteirat	632.184 €	600.184 €	- 32.000 €	Niedriger aufgrund jüngerer BuvoMitglieder/ Verzicht auf Hälfte 13. Monatsgehalt Allerdings höhere Aufwand, da weniger Buvos in Berlin 1. Wohnsitz haben.
Öffentlichkeitsarbeit	240.000 €	408.000 €	168.000 €	20.000 € Materialkosten Versand wg in der Höhe unerwarteter zusätzlicher Anfragen; Überziehung Aktionshaushalt um 131.000 € Z.B. Sozialkongreß 55.000 €, Sommerakademie 40.000 €, Bürgerversicherung 10.000 €, 10 Jahre Bündnis 90/DIE GRÜNEN 28.000 €, Mitgliedsbeiträge Europa/AKP/andere 31.000 € Haushaltssperre BAG Aktion - 3000 € 20.000 € mehr für Agentur Planung war geringer als Vertrag
Abschreibungen	100.000 €	100.000 €	- €	
Summe regelmäßige Ausgaben	3.816.276 €	4.090.276 €	274.000 €	
Zuschüsse an Gliederungen		20.000 €		Wahlkampfbzuschuß Hessen/Niedersachsen
Sonderhaushalte Wahlen	300.000 €	300.000 €		
Gesamtausgaben	4.116.276 €	4.410.276 €	294.000 €	
Einnahmen - Ausgaben	822.858 €	66.358 €	- 756.500 €	
Auflösung Rücklagen	300.000 €	300.000 €		
Zuführung Rücklagen	790.000 €	350.000 €	- 440.000 €	50.000 € wurden zur Finanzierung der Sonderbdk eingesetzt, 140.000 € fehlen bei den Spenden der Abgeordneten, der Ausfall mindert den Wahletat in 2006, weitere 250.000 € weniger aufgrund weniger erwarteter Spenden in 2003. Der Etat zur Bundestagswahl 2006 bleibt aber bei 2.560.000 €. Das Reinvermögen wird dann geringer in 2006 wieder aufgebaut.
Veränderung Reinvermögen	332.858 €	16.358 €	- 316.500 €	Das Vermögen der Bundespartei wird nicht um 330.000 € sondern nur um 16.000 € aufgebaut.

Abschlußbericht 2002 im Überblick

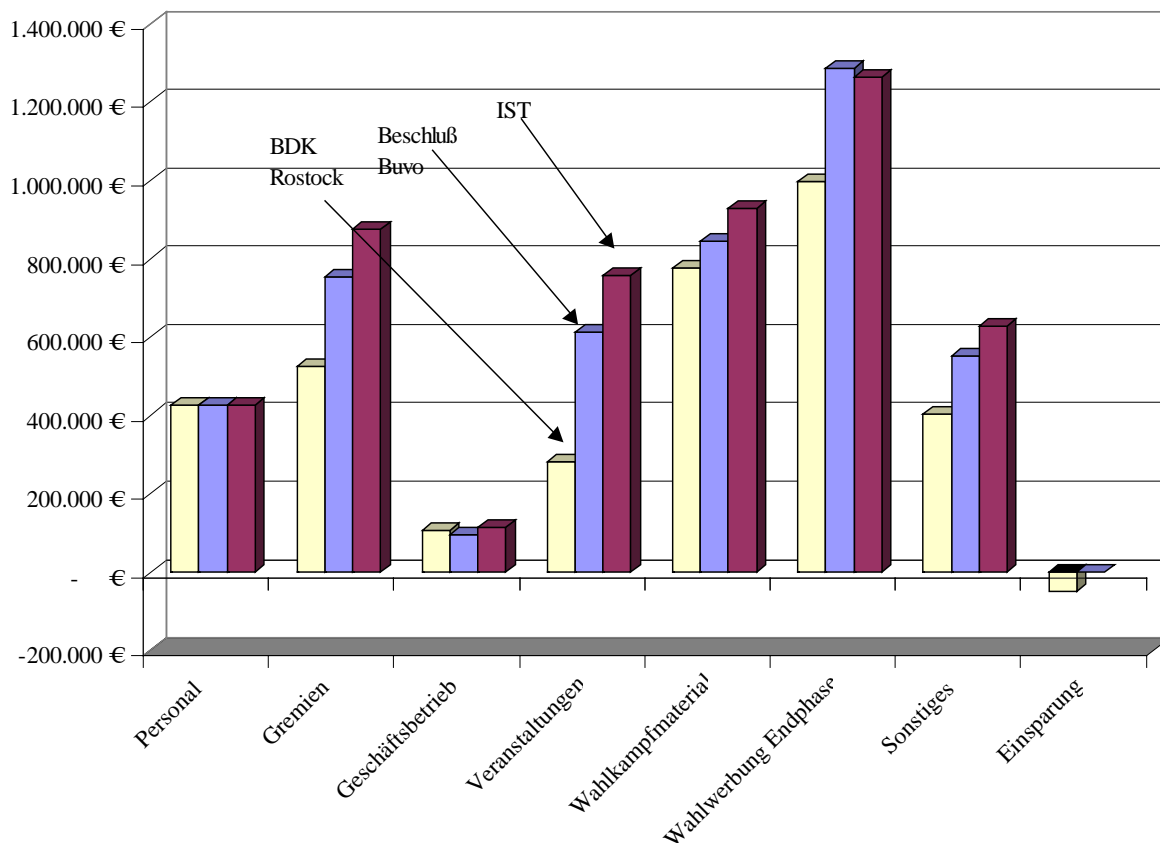
A.) Wahletat

Die BDK in Rostock hatte einen Etat bewilligt, der von 3.47 Mio. Euro Ausgaben und 1. Mio. Einnahmen ausgegangen war. **Der Zuschußbedarf aus dem Haushalt 2002 lag dabei bei 2.45 Mio. Euro.** Von dieser Summe waren bereits **336.000 Euro im Jahr 2001** in Vorbereitung auf die Bundestagswahl ausgegeben worden.

Der Bundesvorstand hat verstärkte Aktivitäten beim Fundraising eingeleitet. Diese Aktivitäten waren sehr erfolgreich und wurden in Absprache mit dem Bundesfinanzrat komplett zur zusätzlichen Finanzierung der Wahlkampagne eingesetzt. Das geplante Ausgabevolumen stieg damit um **954.000 Euro** an. Dieser Betrag sollte überwiegend durch Spenden eingenommen werden.

Aufgrund des **besseren Wahlergebnisses** erhielt die Agentur wie vereinbart ein höheres Honorar. Dieses Honorar wurde komplett über den erhöhten Anteil an der staatlichen Grundfinanzierung für das Jahr 2002 für den Bundesverband gegenfinanziert.

In der folgenden Grafik ist nach den einzelnen Ausgabepositionen sortiert die Entwicklung der Planung und des tatsächlichen IST dargestellt.



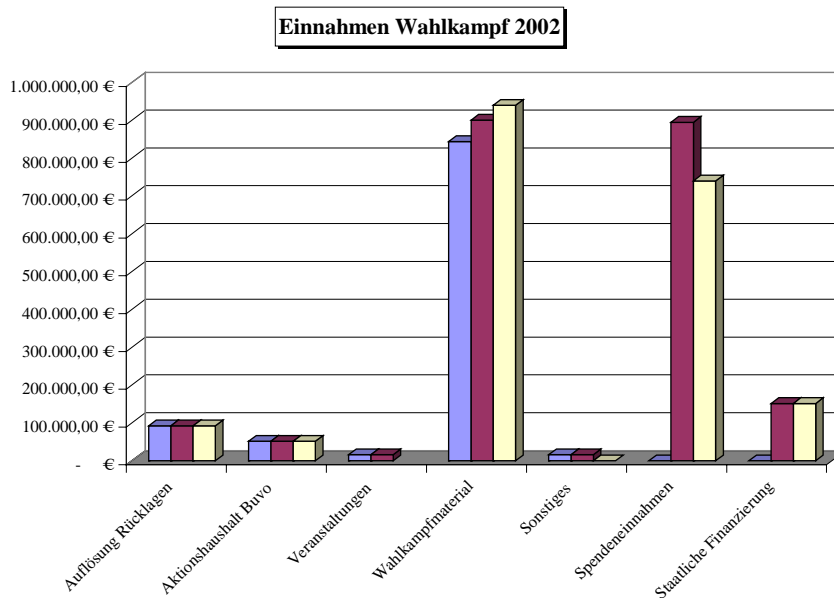
Beschluss zum Haushalt– BDK in Dresden am 28-30.11.2003

Das geplante Ausgabevolumen insgesamt stieg von 3.471 Mio. auf **4.576 Mio. Euro**. Das tatsächliche Ergebnis liegt bei den Ausgaben bei **4.998 Mio. Euro**.

Das entspricht einer Überziehung um 9.22%

Bei den **Einnahmen** konnten wir Spenden in sehr hohem Maße einwerben. Das beschlossene Ziel aber wurde um knapp 17,5% oder 155.000 Euro verfehlt. Über diese Summe lagen Zusagen vor, die aber nicht eingelöst worden sind.

Das ist auch der wesentliche Grund, dass die Einnahmen um insgesamt **147.000 Euro oder 7%** niedriger ausfielen.



Der gesamte Wahletat 2002 wurde damit mit einem Defizit von insgesamt 568.000 Euro abgeschlossen.

Die Gründe im Wesentlichen:

- 1.) Im laufenden Jahr 2002 hat die Bundespartei für 4 **Parteitage** insgesamt **1.36 Mio. Euro** ausgegeben. Diese Summe ist von neuer Qualität.
Der Wahletat war hieran mit der Summe von 810.000 Euro beteiligt. Die Kosten für die BDK in Berlin konnten wir noch durch frühzeitige Beschlüsse im Plan halten. Bei der BDK Wiesbaden haben wir mit 350.000 Euro **90.000 Euro** mehr ausgegeben als geplant. Der Länderrat in Berlin war nicht in der Planung eingestellt und kostete **20.000 Euro**.
- 2.) Bei den **Veranstaltungen** gab es 3 Gründe, warum der Haushalt nicht eingehalten werden konnte. **Die Touren mit Joschka und dem Spitzenteam** wurden deutlich intensiver als zu Beginn geplant. Es wurden mehr Veranstaltungen angeboten, dazu kam die Notwendigkeit, Kreisverbänden – insbesondere, aber nicht nur im Osten - den Kostenanteil zu erlassen. Knapp **90.000 Euro** wurden mehr ausgegeben.

Im Laufe des Jahres haben wir den Veranstaltungsetat mehrmals angepaßt. Hierunter fielen

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

alle Events, die die Agentur für uns erarbeitet hat, die E-cards, aber auch die 5 Großveranstaltungen, die wir vom 30.8. bis zum 20.9. sehr erfolgreich durchgeführt haben. Mehrkosten etwa **30.000 Euro**. Im Sommer 2002 waren wir noch von 3 Veranstaltungen ausgegangen.

Die Entscheidung, die **Wahlparty** im Tempodrom abzuhalten, war richtig, über 3.000 Besucher waren begeistert. Dies führte allerdings zu einer Überziehung des geplanten Etats um **29.000 Euro**.

- 3.) Das **Wahlkampfmaterial** sollte kostendeckend an die Kreisverbände abgegeben werden. Aus dem Überschuß sollte laut Beschluß des Bundesfinanzrates die Kosten für den Versand in Höhe von 70.000 Euro mitfinanziert werden. Im Ergebnis gab es zwar ein leichtes Plus von 10.000 Euro. In diesem Bereich fehlen damit dennoch **60.000 Euro**.

Bei den meisten Materialien konnte der Beschluß eingehalten werden. Das größte Defizit entstand bei den Faltblättern, die nicht alle verkauft werden konnten und außerdem unter Preis abgegeben werden mußten.

Ich will an dieser Stelle auch darauf hin weisen, dass wir in einer Summe von **93.000 Euro** Material umsonst (für Infoanfragen, Schulen, Veranstaltungen u.a.) herausgegeben haben.

- 4.) Ziemlich genau auf den Punkt sind wir im gesamten Bereich der **Schlußphase** und der **Sonstigen Kosten** gelandet. Bei einem Ausgabevolumen von **1.9 Mio.** wurden **50.000 Euro** über Plan ausgegeben. Das macht **2,8 %** aus.

Im Wesentlichen waren das höhere Kosten für die Internetredaktion, das CMS- System und den internet - relaunch.

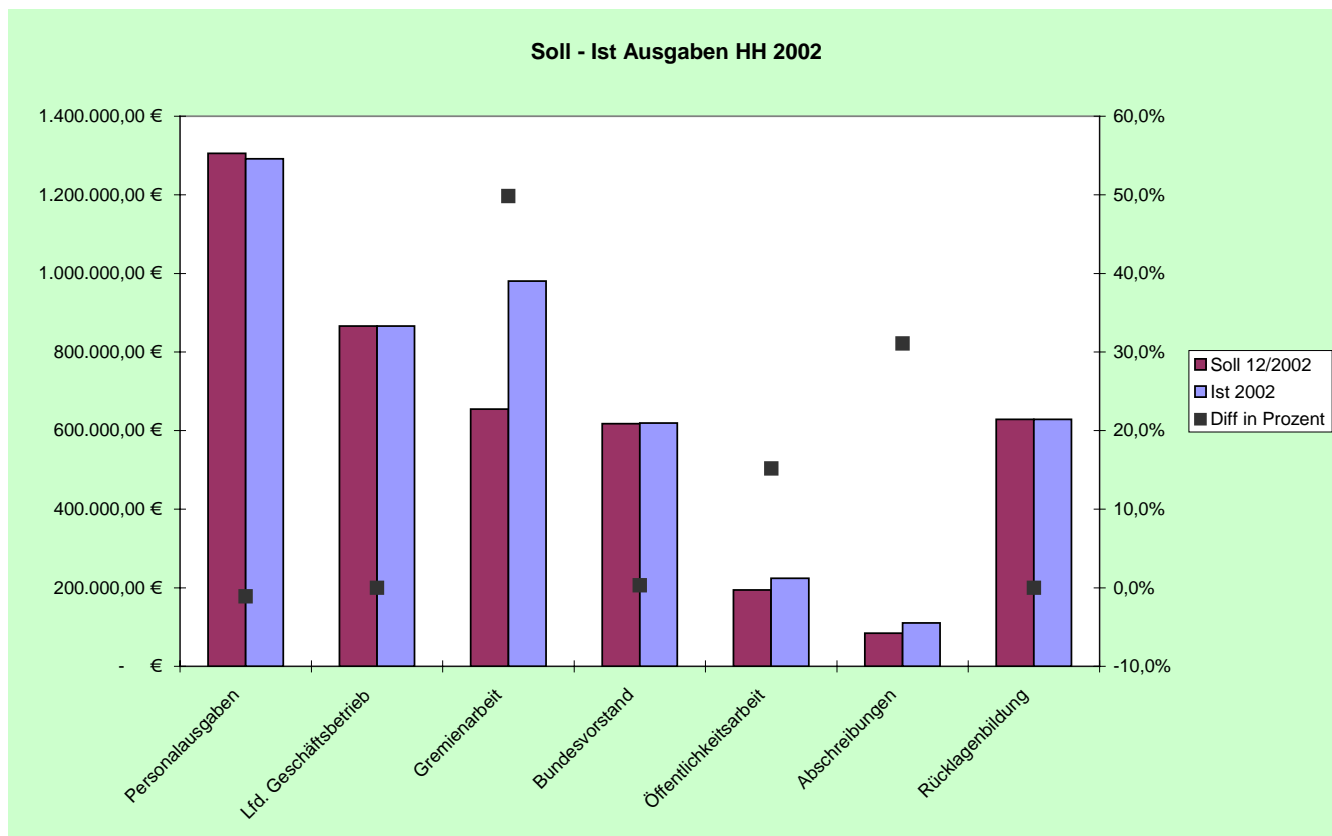
- 5.) Auf der Einnahmeseite fehlen bei den Spenden **150.000 Euro**. Es sind von 3 Firmen im Sommer 2002 jeweils 50.000 Euro zugesagt worden, diese Spenden sind aber nicht bei uns eingegangen.

Wahletat 2002 Beschluß BDK Rostock							
	Stand 31.12.2002 (BH 17.3.2003)	Euro			Euro		
	Gesamt-zusammenstellung	Soll in Euro	Soll nach Buvo 30.8.2002	Veränderung Etat	Ist	Differenz zum Buvobeschluß vom 30.8.2002	In Prozent
Ausgaben							
A.	Personal	425.518,41 €	425.518,41 €	- €	426.975,07 €	1.456,66 €	0,3%
B.	Gremien	525.096,76 €	755.096,76 €	230.000,00 €	874.286,81 €	119.190,05 €	15,8%
C.	Geschäftsbetrieb	106.860,00 €	96.860,00 €	- 10.000,00 €	114.602,58 €	17.742,58 €	18,3%
D.	Veranstaltungen	283.766,99 €	612.766,99 €	329.000,00 €	759.476,29 €	146.709,30 €	23,9%
E.	Wahlkampfmaterial	777.163,66 €	847.163,66 €	70.000,00 €	928.725,43 €	81.561,77 €	9,6%
F.	Wahlwerbung Endphase	997.019,17 €	1.287.325,38 €	290.306,22 €	1.264.570,72 €	- 22.754,66 €	-1,8%
G.	Sonstiges	402.898,00 €	551.675,03 €	148.777,03 €	627.399,41 €	75.724,38 €	13,7%
H.	Einsparung	- 47.060,33 €	- €	47.060,33 €		- €	
	Summe Ausgaben	3.471.262,67 €	4.576.406,24 €	1.105.143,57 €	4.996.036,31 €	419.630,07 €	9,17%
	Gesamtzu-sammenstellung	Soll in Euro nach BDK Rostock	Soll nach Buvo 30.8.2002	Veränderung Etat	Ist		
Einnahmen							
B.	Auflösung Rücklagen	92.032,54 €	92.032,54 €	- €	92.032,54 €	- €	0,00%
C.	Aktionshaushalt Buvo	51.129,19 €	51.129,19 €	- €	51.129,19 €	- €	0,00%
D.	Veranstaltungen	15.338,76 €	15.338,76 €	- €		15.338,76 €	100,00%
E.	Wahlkampfmaterial	843.222,57 €	900.222,57 €	57.000,00 €	939.241,65 €	39.019,08 €	-4,33%
G.	Sonstiges	15.338,76 €	15.338,76 €	- €		15.338,76 €	100,00%
H.	Spendeneinnahmen	- €	894.306,00 €	894.306,00 €	739.000,00 €	155.306,00 €	17,37%
I.	Staatliche Finanzierung	- €	151.000,00 €	151.000,00 €	151.000,00 €	- €	0,00%
	Summe Einnahmen	1.017.061,81 €	2.119.367,81 €	1.102.306,00 €	1.972.403,38 €	146.964,43 €	6,93%
	Etat insgesamt	2.454.200,86 €	2.457.038,43 €	2.837,57 €	3.023.632,94 €	- 566.594,51 €	
	nachrichtlich nur in 2002 (- 336.000 €)	2.114.599,09 €	2.117.436,66 €		2.684.031,17 €		

B.) Haushalt 2002

Der Haushalt 2002 wurde bei den Ausgaben um insgesamt **351.000 Euro** überzogen. Das sind **9,7%** der geplanten Summe.

Dazu kommen Überziehungen des Etatansatzes von **26.000 Euro** oder **31%** bei den Abschreibungen.



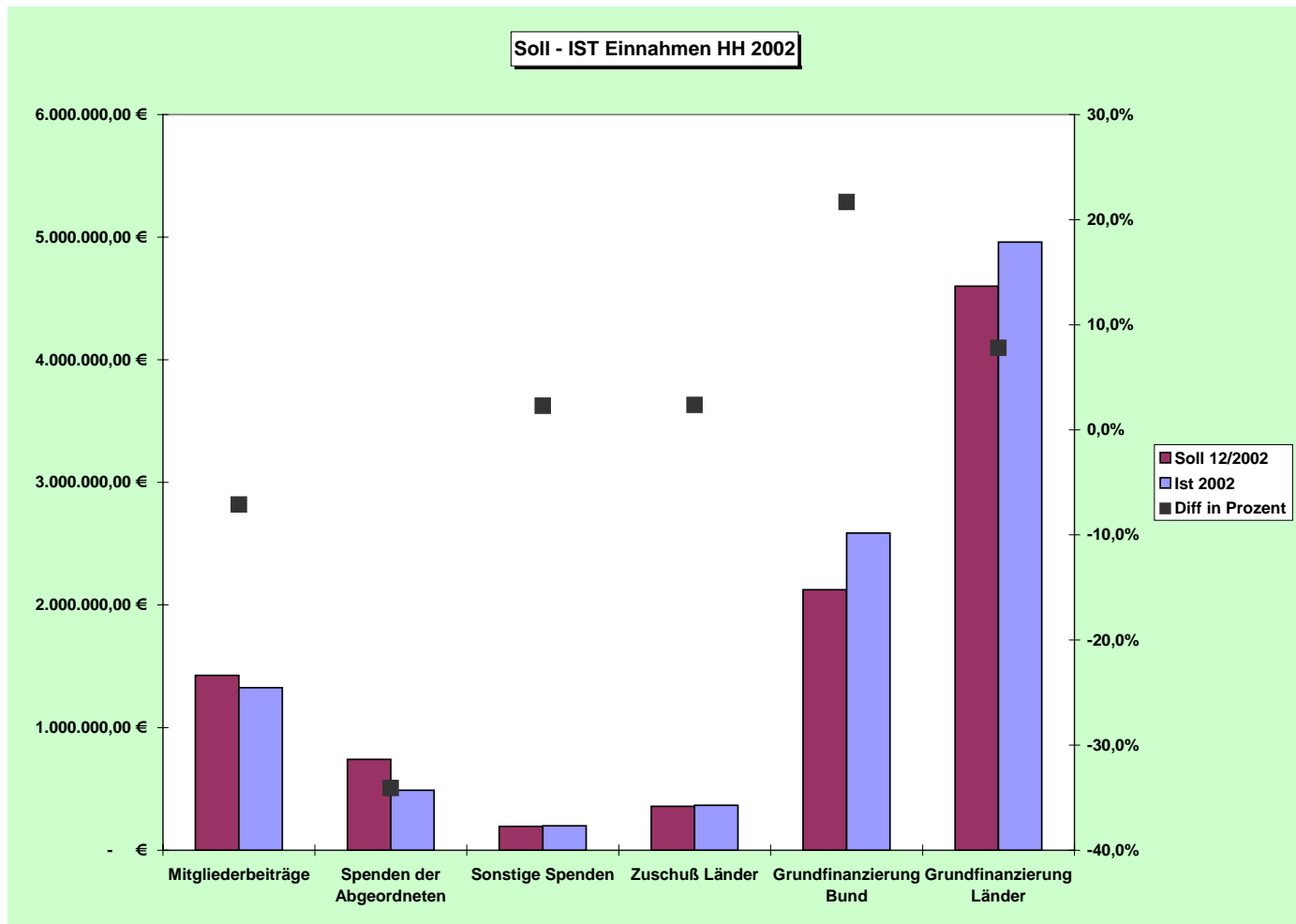
Die **Einnahmenseite** ist insbesondere bei den Spenden der Abgeordneten und bei den Mitgliedsbeiträgen deutlich und höher als schon erwartet eingebrochen. Nur aufgrund der Zusage, dass der höhere Anteil aus der Grundfinanzierung wegen der Indexerhöhung im Jahr 2002 beim Bundesverband verblieb, fehlen bei den Einnahmen des Bundesverbandes "nur" 30.000 Euro.

Die **Spenden der Abgeordneten** erreichten mit 488.000 Euro nur **66% der eingeplanten** (und zugesagten Mittel). Aufgrund der Entwicklung bei den Spenden sind wir schon früh davon ausgegangen, dass 150.000 Euro weniger eingenommen werden. Der Bundesvorstand hatte darum beschlossen, dieses Defizit aus der erhöhten Grundfinanzierung zu decken. Letztendlich fehlen zum Jahresende aber 252.000 Euro.

Bei den **Mitgliedsbeiträgen** hatten wir ebenfalls zur Jahresmitte beschlossen die Einnahmeansätze um 60.000 Euro zu verringern - Gegenfinanzierung sollte die staatliche Grundfinanzierung sein. Da der Mitgliederstand in der Jahresmitte noch weiter gefallen war, müssen wir insgesamt weitere **40.000 Euro** Ausfall verkraften.

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

Die ursprüngliche Planung, mit diesen 120.000 Euro aus der erhöhten staatlichen Grundfinanzierung bei den Tagungen – und hier insbesondere für die BDK in Bremen und die Frauenkonferenz - die Defizite abzumildern, konnte damit nicht mehr umgesetzt werden.



Bei dem Etat 2002 sind damit Verschlechterungen von zusammen **408.000 Euro** eingetreten:

- 1.) Hauskosten 30.000 Euro
- 2.) Zinsen für Kreditaufnahme 65.000 Euro
- 3.) BDK Bremen 65.000 Euro
- 4.) BDK Hannover 225.000 Euro
- 5.) Frauenkonferenz 30.000 Euro
- 6.) Urabstimmung 8.000 Euro
- 7.) Kosten Agentur Verlängerung des Vertrages
(Aktionshaushalt Buvo) 16.000 Euro
- 8.) TesterInnen Teilkosten (Aktionshaushalt Buvo) 13.000 Euro
- 9.) Infomaterial/Abschreibungen 37.000 Euro
- 10.) Einnahmeausfall insgesamt 30.000 Euro
- 11.) ISF Restzahlung 3 Monatsgehälter 8.000 Euro

Beschluss zum Haushalt– BDK in Dresden am 28-30.11.2003

Gesamt 527.000 Euro

Abzüglich Tilgung Hauskredit..... 109.000 Euro

Abzüglich diverser Unterschreitungen des Ansatzes 11.000 Euro

Gesamt 408.000 Euro

Für die nicht eingeplante 4. BDK in Hannover hatte der Bundesvorstand eine Beteiligung in Höhe von 70% oder 157.500 Euro beantragt. Das wurde im Bundesfinanzrat abgelehnt, da es auch Sicht der Mitglieder des Bundesfinanzrates keine SonderBDK war.

GRÜNE BV - HAUSHALT 2002	Soll 12/2002	Ist 12/2002 Stand 05.08.2003	Differenz	%
EINNAHMEN	11.250.978	11.578.888,48	327.911	2,9%
EIGENEINNAHMEN	2.888.799	2.547.886,46	-340.913	-11,8%
Mitgliederbeiträge	1.426.504	1.325.038,65	-101.466	-7,1%
Spenden der Abgeordneten	741.373	488.686,46	-252.687	-34,1%
Sonstige Spenden	194.291	198.724,39	4.433	2,3%
Kapitalerträge (verr.mit Zinsaufwend.)	0	0,00	0	
LV Zuschuss (700 TDM WK+Darl.-Zins.)	357.904	366.349,58	8.445	2,4%
Sonst.Einnahmen (Vorgriff GF 2003)	168.726	169.087,38	361	0,0%
STAATLICHE FINANZIERUNG	6.726.045	7.394.868,02	668.823	9,9%
Grundfinanzierung Bund	2.125.185	2.435.211,74	310.027	14,6%
Grundfinanzierung Länder	4.600.860	4.959.656,28	358.796	7,8%
AUFLÖSUNG RÜCKLAGEN	1.636.134	1.636.134,00	0	
Wahlkämpfe	1.636.134	1.636.134,00	0	

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

GRÜNE BV - HAUSHALT 2002	Soll 12/2002	Ist 12/2002 Stand 05.08.2003	Differenz	%
AUSGABEN	11.067.250	12.373.322,53	1.306.072	11,8%
PERSONALAUSGABEN	1.305.840	1.291.391,82	-14.449	-1,1%
Bundesgeschäftsstelle	1.262.892	1.237.270,83	-25.621	-2,0%
Sonst. Personal-Kst.	42.949	54.120,99	11.172	26,0%
LFD. GESCHÄFTSBETRIEB	866.359	876.129,43	9.771	1,1%
Versand Raumkst., Tel., -Reinigung Büro	76.898	82.277,60	5.379	7,0%
Hauskosten/Zinsen Berlin	432.067	353.774,21	-78.293	-18,1%
Zinsbelastung Kredite(Länder/Bank)	84.363	148.445,94	64.083	76,0%
Bürobetriebskosten	71.070	99.598,83	28.529	40,1%
Telefon, Fax	45.505	48.239,09	2.734	6,0%
Porti	33.234	33.566,93	333	1,0%
Rechtskosten	6.136	9.046,57	2.911	47,4%
Wirtschaftsprüfer	7.158	7.625,52	467	6,5%
Versicherungen	12.782	9.596,86	-3.185	-24,9%
Kfz-Betriebskosten	0	5.113,00	5.113	0,0%
Informationskosten (dpa, Bücher, Zeit.)	66.468	58.321,54	-8.146	-12,3%
Bewirtung/Reprä.	5.113	2.125,89	-2.987	-58,4%
Sonstiges (Künstlersoz.+Kuriere)	15.339	12.847,24	-2.492	-16,2%
Ausgaben periodenfremd	10.226	5.550,21	-4.676	-45,7%
GREMIENARBEIT	654.454	980.704,19	326.251	49,9%
Tagungen	273.030	611.384,52	338.355	123,9%
Aufwand BAGs	116.575	91.777,84	-24.797	-21,3%
Aufwand Sonstige (Handy+Reisek.)	25.565	39.008,53	13.444	52,6%
Mitgliederzeitung	119.131	109.178,15	-9.953	-8,4%
Internet	23.008	31.205,15	8.197	35,6%
Jugendverband	97.145	98.150,00	1.005	1,0%
BUNDESVORSTAND	617.595	619.427,97	1.833	0,3%
Personal Bundesvorstand (6 Pers.)	464.208	435.648,31	-28.559	-6,2%
Aufwand BuVo / Parteirat	153.388	183.779,66	30.392	19,8%
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	194.291	213.688,31	19.397	10,0%
Aktionshaushalt BUVO	173.839	201.698,22	27.859	16,0%
Aktionshaushalt BAGs	20.452	10.358,59	-10.093	-49,4%
Überschuss/Defizit Materialversand	0	1.631,50	1.632	
ZUSCHÜSSE AN ÖKOFONDS/ISF	0	8.096,93	8.097	0,0%
Ökofond Zuschüsse an LV	0	0,00	0	-100,0%
ISF	0	8.096,93	8.097	
SUMME REGELM. AUSGABEN	3.638.539	3.989.438,65	350.900	9,6%
SONDERHAUSHALTE WAHLEN	2.114.599	2.683.391,22	568.792	26,9%
Sonderetat Bundestagswahl	2.114.599	2.683.391,22	568.792	
ZUSCHÜSSE AN GLIEDERUNGEN	4.600.860	4.961.009,11	360.149	7,8%
Grundfinanzierung	4.600.860	4.948.745,35	347.885	7,6%
Sonst. Zuschüsse + LTW	0	12.263,76	12.264	
ABSCHREIBUNGEN	84.363	110.594,54	26.231	31,1%
Platz vor dem Neuen Tor	0	0,00	0	
Büroausstattung	63.911	82.442,14	18.531	29,0%
Inforderungen/Sonstige	20.452	28.152,40	7.701	37,7%
ZUFÜHRUNG RÜCKLAGEN	628.889	628.889,01	0	0,0%
Wahlkämpfe	613.550	613.550,26	0	0,0%
Sonderrücklagen BDK	15.339	15.338,76	0	0,0%
Etat - Ausgleich	183.728	-794.434,05	-978.162	

Bilanz Bundesgeschäftsstelle
Gesamtjahr 2002

		<i>Euro</i>	
Aktiva	2002	2001	
I. Anlagevermögen	9.011.670,23 €	8.992.109,78 €	
Haus- und Grundvermögen	8.654.702,27 €	8.615.586,76 €	
Geschäftsstellenausstattung	356.967,96 €	376.523,02 €	
II. Umlaufvermögen	1.992.928,49 €	1.333.188,16 €	
Finanzanlagen	14.643,40 €	14.643,40 €	
Forderungen an Gliederungen	139.630,90 €	149.116,38 €	
Forderungen auf staatliche Mittel	935.917,58 €	11.276,16 €	
Geldbestände	119.292,16 €	703.726,60 €	
Sonstige Vermögensgegenstände	783.444,45 €	454.425,62 €	
Summe:	11.004.598,72 €	10.325.297,94 €	
Passiva		2001	
I. Reinvermögen	-400.568,23 €	583.042,92 €	
I.a Rücklagen	30.677,53 €	1.129.955,06 €	
III. Rückstellungen	29.304,89 €	32.722,68 €	
IV. Verbindlichkeiten	11.345.184,53 €	8.579.577,28 €	
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	3.821.033,67 €	2.341.097,65 €	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.038.578,31 €	6.196.957,96 €	
Sonstige Verbindlichkeiten	485.572,55 €	41.521,67 €	
Summe:	11.004.598,72 €	10.325.297,94 €	

Gesamtvermögen Ende 2001	1.712.998 €
Defizit Jahresabschluß 2002	-983.611 €
Abbau Rücklagen	-1.636.134 €
Rücklage gebucht in Wahletat	-92.034 €
Zuführung Rücklage lt HHAbschluß	628.889 €
Gesamtvermögen Ende 2002	-369.892 €
davon Rücklage	30.678 €
Reinvermögen ohne Rücklage	-400.570 €

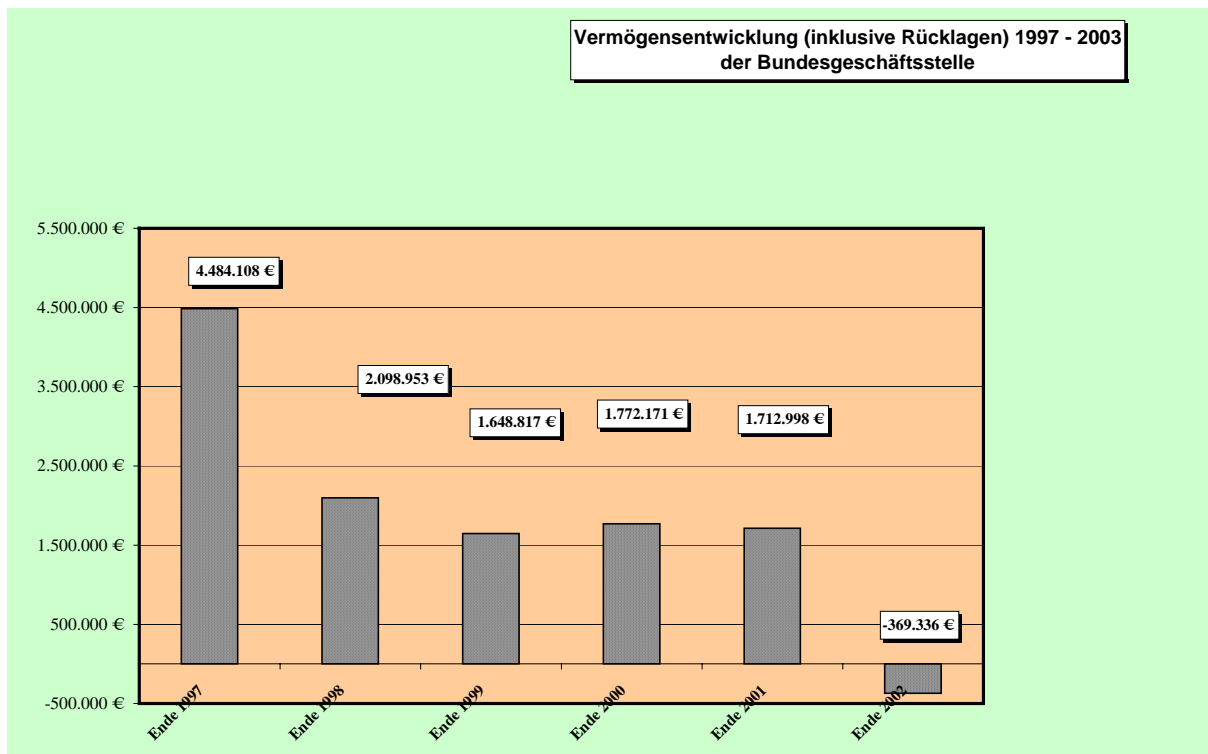
Das veröffentlichte Reinvermögen in Höhe von – 393,186,27 € unterscheidet sich um - 24.000 Euro, ein Teil hiervon betrifft die grüne Jugend, die auf Bundesebene Teilorganisation ist (- 3.795,57) 20.000 Euro sind noch offene Spendenzusagen von MdBs, die im 1.Quartal 2003 eingegangen waren.

Finanzbericht des Bundesschatzmeisters

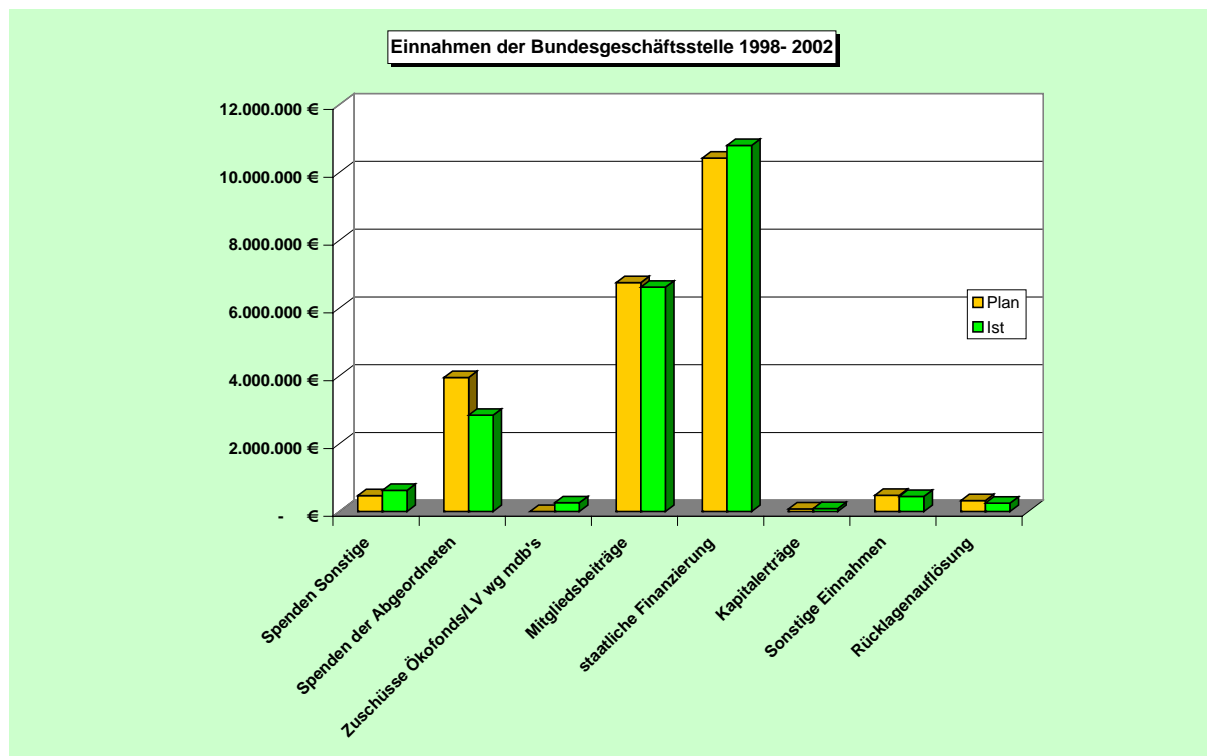
Nach der Bundestagswahl 2002 hat sich zwar die Einnahmesituation für die Bundesebene leicht verbessert, allerdings ist die erhoffte Konsolidierung der Vermögenssituation der Bundespartei noch nicht gelungen. Im Gegenteil: Das Vermögen hat weiter abgenommen und ist zum Ende des Jahres 2002 zum ersten Mal mit – 369.000 Euro negativ. (20.000 Euro höher als veröffentlicht, da noch Spenden von Abgeordneten für das Vorjahr erst in 2003 eingezahlt wurden.)

Problemlage beim Bundesverband:

**1.) Das Vermögen der Bundespartei ist in den letzten Jahren seit 1997 bis 2002 statt wie in den jeweiligen Planungen vorgesehen um 2.3 Mio. Euro um insgesamt 4.95 Mio. Euro gefallen.
Ende 1997 - also vor der Bundestagswahl 1998 – hatten wir noch ein Vermögen (inklusive aller Rücklagen) von 4.5 Mio. Euro.**



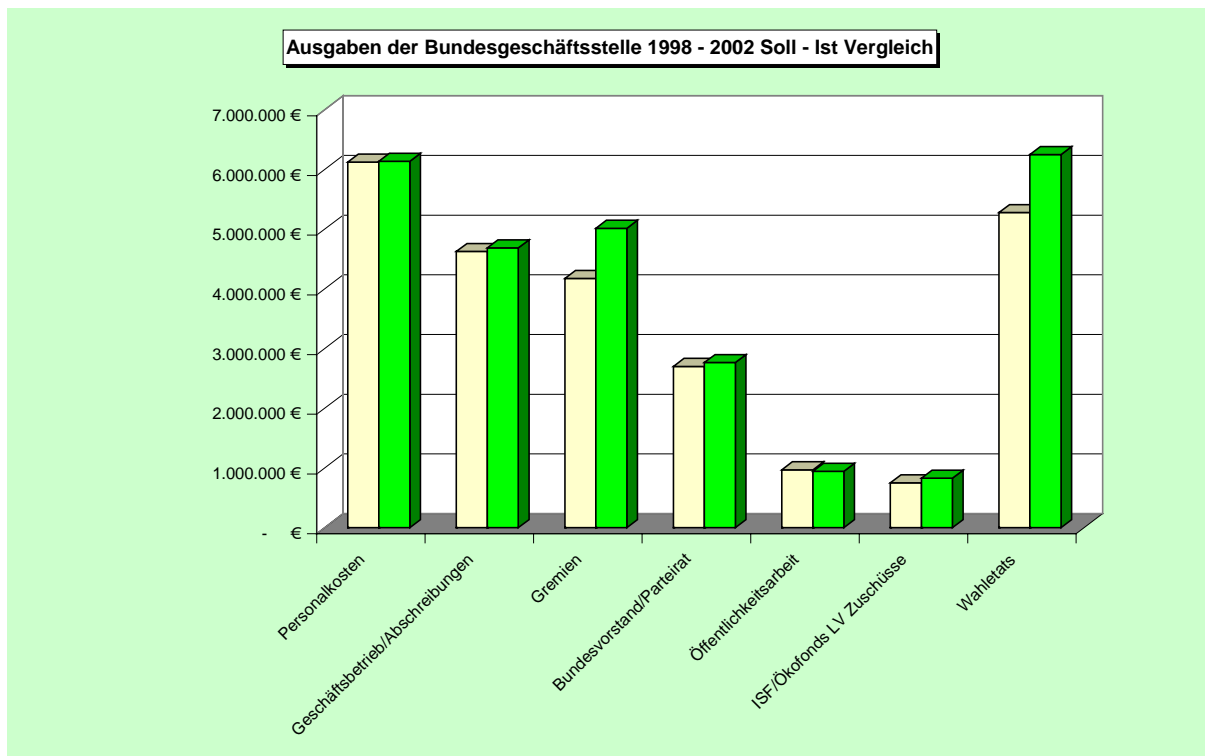
2.) An Einnahmen waren in den Jahren 1998 – 2002 insgesamt 22,38 Mio. Euro geplant. Tatsächlich eingenommen haben wir aber nur 21,83 Mio. Euro.



- Die Einnahmen aus Sonderbeiträgen bzw. Spenden der Abgeordneten in den 5 Jahren haben zwar mit 2.8 Mio. Euro einen sehr hohen Anteil an den Gesamteinnahmen, lagen aber mit **- 1.1 Mio. Euro** deutlich unter dem Plan. Insbesondere in den Wahljahren im zeitlichen Umfeld der Listenaufstellungen mussten wir deutliche Einnahmeverluste hinnehmen. Aber auch der Ausfall bei der Europafraktion von 3 MdEP's spielt eine Rolle. In den Jahren 1998 und 1999 haben wir aufgrund der alten Beschlusslage bis zum 1.1.2000 für die Ausfälle noch Kompensationen von den Ländern erhalten, und zwar **+ 254.000 Euro**.
Wir werden jetzt die Vereinbarung über die Sonderbeiträge verändern, so daß für die Bundesebene größere Planungssicherheit entsteht.
- Da wir bei der staatlichen Finanzierung jeweils konservativ geplant hatten, gab es dort ein Plus von 3,6% oder **380.000 Euro**.
- Ebenfalls deutlich über Plan waren die sonstigen Spenden. Statt geplanter 470.000 Euro wurden in den 5 Jahren 620.000 Euro eingeworben. Ein Plus von **150.000 Euro**.
- Da wir die Mitgliedszahlen bei der Haushaltsplanung immer aktuell dem Vorjahr angepasst hatten, fehlen in diesem Bereich nur **135.000 Euro**.

Allerdings haben wir in den letzten 5 Jahren spürbar Mitglieder verloren. Standen wir Ende 98 noch bei 51.500 so ist die Zahl jetzt bei knapp 44.100. Das sind für den Bundesverband Einnahmeausfälle schon in der Planung von **230.000 Euro** im Jahr.

3.) Ausgaben geplant waren von 1998 – 2002 insgesamt 24,6 Mio. Euro. Die tatsächlichen Ausgaben betragen aber 26,7 Mio. Euro, oder knapp 2,1 Mio. Euro mehr.



- Die **wesentlichen Gründe** für die Überschreitungen liegen bei den Gremien- und dort sind es hauptsächlich die gestiegenen Kosten für Parteitage, aber auch Kosten für Sonderparteitage – und in den Wahletats 1998 und 2002.

In der Summe der 5 Jahre sind es

bei den Gremien knapp 20% oder **840.000 Euro**
bei den Wahletats **980.000 Euro**.

- Geringe Überziehungen von **1,3%** beim Geschäftsbetrieb und beim Bundesvorstand von **2,4%** führten in den 5 Jahren zu Mehrausgaben von weiteren **125.000 Euro**.
- Für die Kosten für das Personal in der Geschäftsstelle stimmt Plan und Ist beinahe punktgenau überein.
- Überplanmäßige Kosten entstanden noch für den Umzug nach Berlin in Höhe von ca. **90.000 Euro**.
- Außerdem haben wir für ISF/Ökofonds aber auch für Zuschüsse an LV in den 5 Jahren ca. **80.000 €** mehr ausgegeben als vorgesehen.

Beschluss zum Haushalt– BDK in Dresden am 28-30.11.2003

- *Im Einzelnen:*
- Im Haushaltsjahr 1998 wurden insgesamt **760.000 Euro** mehr ausgegeben als geplant. Hauptgrund war die Überziehung des Wahletats in Höhe von 370.000 Euro und der Kosten für die zusätzliche BDK aufgrund der Regierungsbeteiligung.
- Das Jahr 1999 führte mit der Europawahl und den heftigen Debatten aufgrund des Kosovokrieges (Sonderbdk in Bielefeld) zu einem weiteren Vermögensabbau um **180.000 Euro**.
- Das Haushaltsjahr 2000 konnte zwar auf der Ausgabenseite im Plan gehalten werden. Sinkende Einnahmen bei den Spenden der Abgeordneten – aufgrund der öffentlichen Debatte über die grünen Spendenregelungen - , aber auch bei den Beiträgen und der staatlichen Finanzierung führten zu einem Defizit von **340.000 Euro**
- Ähnliche Probleme gab es im Haushaltsjahr 2001. Die Ausgabenseite wurde nur gering überzogen (2,2%). Sinkende Einnahmen bei den Spenden, aber auch bei den Beiträgen und der staatlichen Finanzierung führten zu einem Defizit von **290.000 Euro**.
- Das Wahljahr 2002 war politisch äußerst erfolgreich, finanziell hat es aber die Bundespartei trotz höherer staatlicher Mittel stark belastet. Der Etat zur Bundestagswahl wurde um **570.000 Euro** überzogen. Spendenausfälle bei den Abgeordneten von **über 250.000 Euro**, aber auch die zusätzlich notwendige BDK im Dezember führte zu einem überplanmäßigen Vermögensabbau von knapp **1 Mio. Euro**. Die beiden Parteitage im ersten Halbjahr kosteten zusammen über 850.000 Euro, die allerdings über den Wahletat finanziert worden sind.

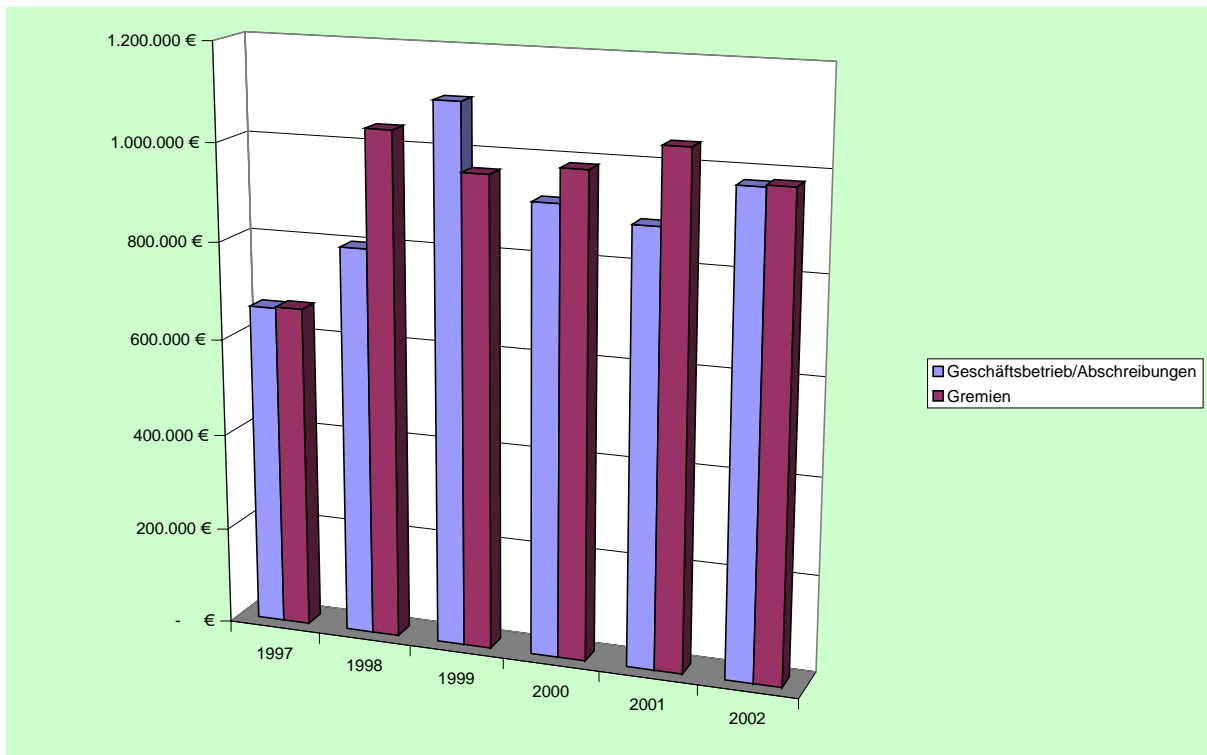
Insgesamt sind die Aufwendungen für die Bundespartei seit 1998 in vielen Bereichen aufgrund der Regierungsbeteiligung deutlich gestiegen.

Auch der Umzug nach Berlin und die deutlich höheren Kosten für den Umbau der Bundesgeschäftsstelle belasten die Bundesfinanzen, die auch in der Zukunft höhere laufende Kosten insbesondere für die Zinsbelastung aus den Immobilienkrediten bedeuten. Nur zu einem Teil konnten die Kosten für den Umzug über Vorwegabzüge bei der staatlichen Finanzierung in den Vorjahren aufgefangen werden.

In der folgenden Grafik ist zu erkennen, wie die Kosten für den Geschäftsbetrieb (dabei insbesondere die Kreditzinsen für die Hausfinanzierung) seit 1997 angestiegen sind. In Bonn hatten wir Kosten von etwa 660.000 Euro im Jahr.

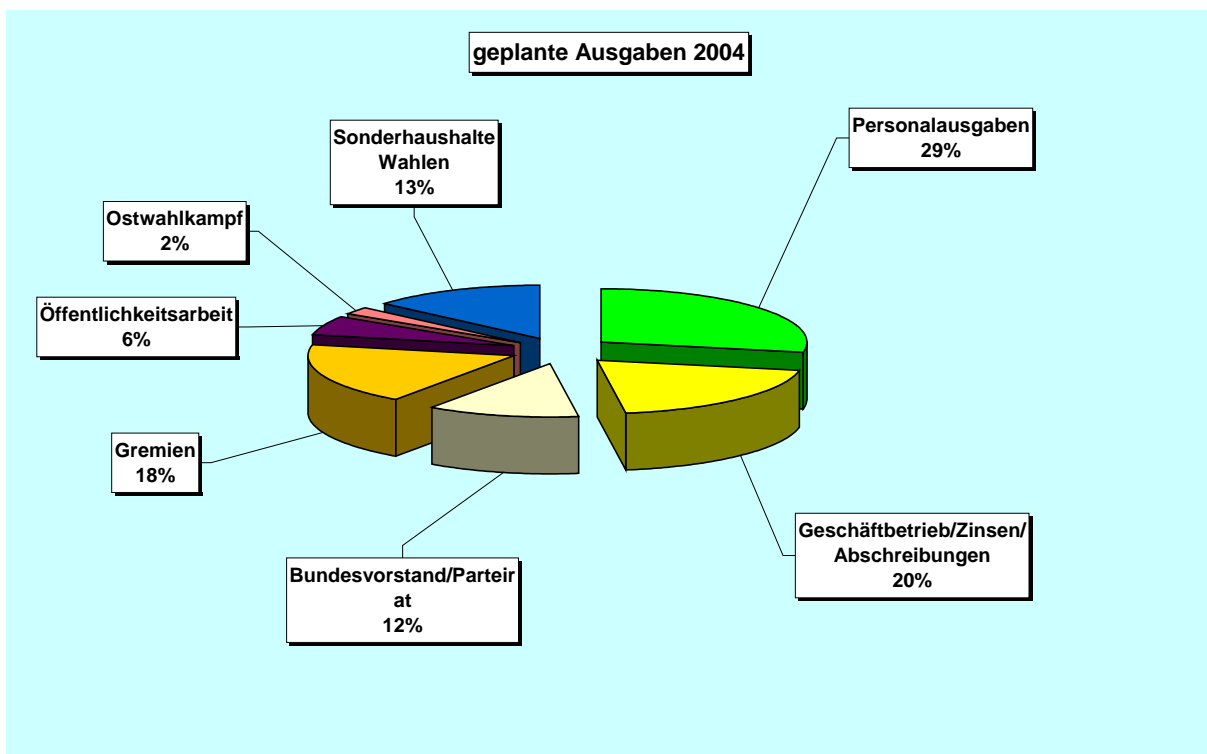
Diese sind bis heute **bis knapp 1 Mio. Euro angestiegen**.

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003



Bei den Gremien gibt es eine ähnliche Entwicklung seit der Regierungsbeteiligung. Die Parteitage kosten nicht mehr wie früher **100.000 bis maximal 250.000 Euro**, sondern liegen inzwischen bei **230.000 Euro bis zu 450.000 Euro** im Wahljahr.

Dieses alles konnte nicht über zusätzlichen Einnahmen von Außen wie in der Vergangenheit (Chancenausgleich, Sockelbetrag, Übergangsgelder Parteienfinanzierung) aufgefangen werden.
Die Verteilung der geplanten Ausgaben für das Haushaltsjahr 2004



Probleme bei den Landes- und Kreisverbänden

4.) Bei den Landes- und Kreisverbänden ergeben sich Einnahmeausfälle im Vergleich zu 1998 von jährlich knapp 3,6 Mio. Euro. In 1998 hatten die Kreis- und Landesverbände insgesamt 27 Mio. Einnahmen. Der Einnahmeausfall beträgt also ca. 13%.

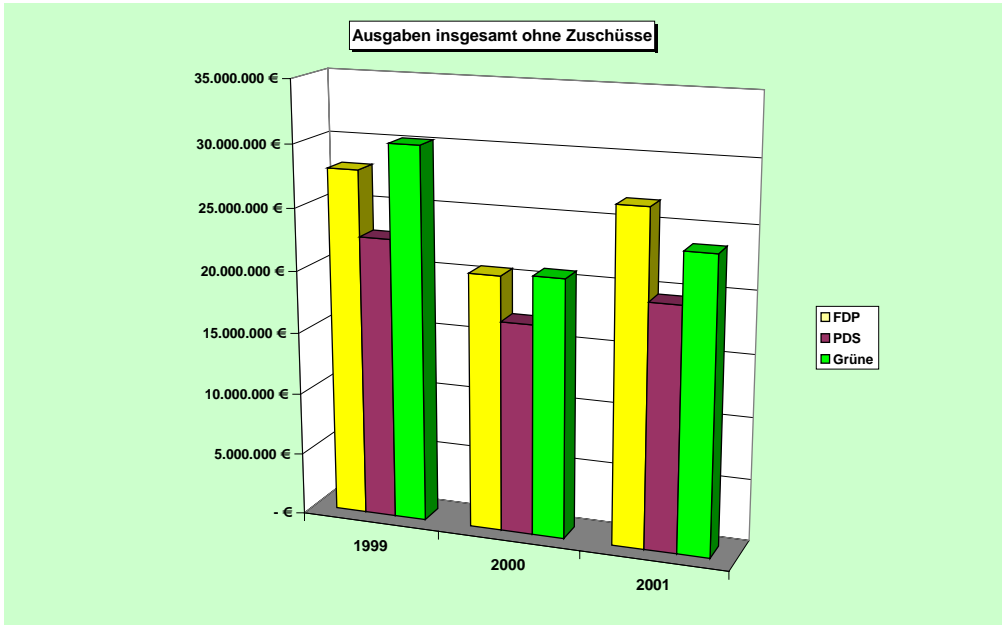
Auch wenn der Vermögensstand auf Landes- und Kreisebene noch deutlich höher ist als bei anderen vergleichbaren Parteien - der Stand **Ende 2002 ist 17,8 Mio. Euro** -, so haben auch dort die Finanzprobleme zugenommen. Die Entwicklung bei der staatlichen Finanzierung und dem Ausfall der Beitragszahlungen sprechen eine deutliche Sprache.

So ging alleine die staatliche Grundfinanzierung für die Länder insgesamt von 1998 zu 2002 um etwa 1 Mio. Euro zurück. Das wird im Jahr 2003 zwar besser, weil die Länder dann auch den Anteil an der Indexerhöhung der Parteienfinanzierung – die 2002 beschlossen wurde - erhalten, es sind aber immer noch **700.000 Euro** weniger als 1998.

Dazu kommen Verluste aufgrund der gefallen Mitgliederzahlen in Höhe von jährlich mindestens **490.000 Euro** auf Kreis und Landesebene, sowie der Ausfall von Spenden - z.B. aufgrund der Kommunalwahl in NRW - in Höhe von mindestens **2.4 Mio. Euro**. (Stand Ende 2002).

5.) Die Ausgaben der verschiedenen Gliederungsebenen im Vergleich zu den Konkurrenten FDP und PDS.

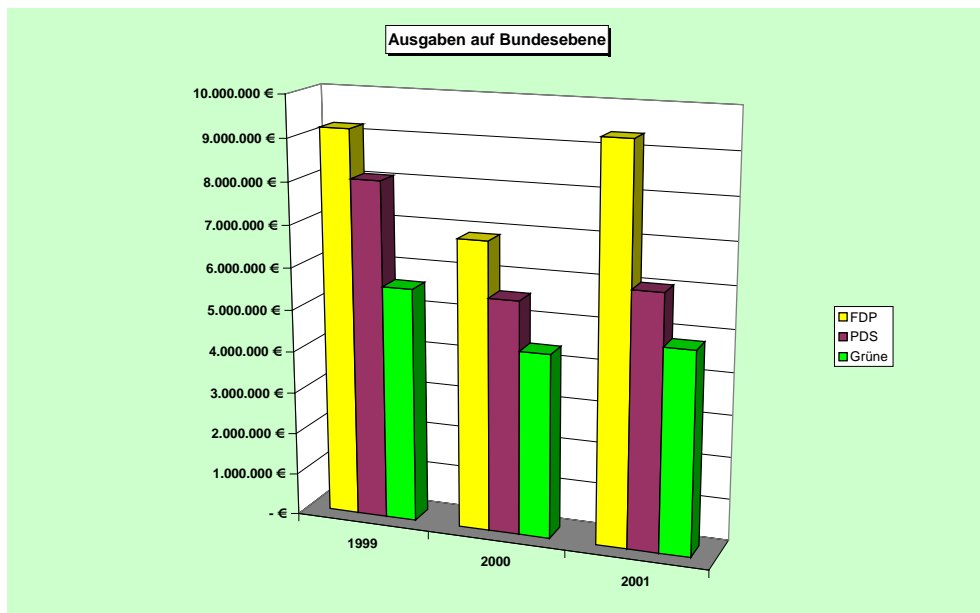
Die Zahlen stammen alle aus den veröffentlichten Rechenschaftsberichten der Parteien durch den Bundestagspräsidenten.



Beschluss zum Haushalt– BDK in Dresden am 28-30.11.2003

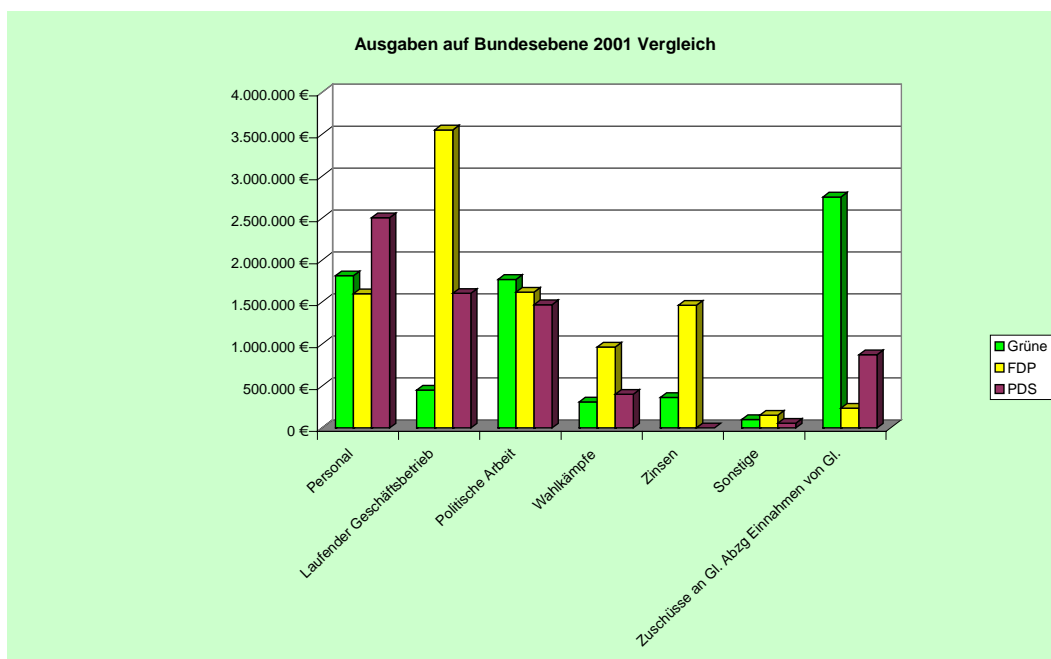
Alle 3 Parteien haben im Europawahljahr 1999 höhere Ausgaben als in 2000 und 2001. Die jährlichen Ausgaben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betragen

in 1999	30 Mio. Euro
in 2000	21 Mio. Euro
in 2001	24 Mio. Euro
in 2002	30 Mio. Euro

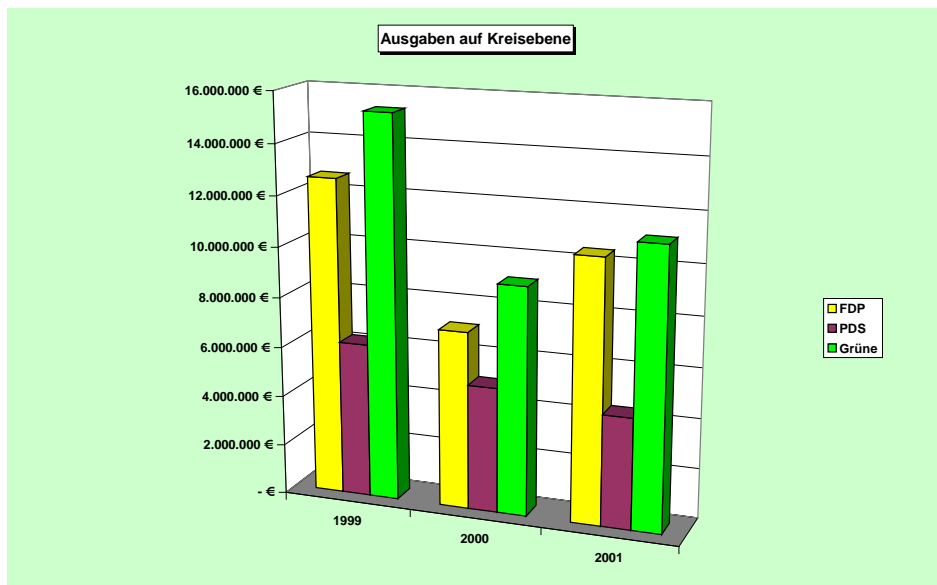


Der direkte Vergleich der Bundesebene der 3 Parteien zeigt ein deutliches Bild. Die Bundespartei von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in allen 3 Jahren deutlich weniger Geld ausgegeben, als die direkten Konkurrenten. Hierbei sind jeweils die Zuschüsse an Gliederungen nicht enthalten.

Auffallend ist auch der Unterschied bei den verschiedenen Ausgabearten. Die FDP hatte zwar in 2001 geringere Personalkosten als wir, aber extrem höher waren die Kosten für den Geschäftsbetrieb die Wahlkämpfe und die Zinsen. **Insgesamt hat die Bundesebene etwa 51% der Kosten der FDP und etwa 80% der Kosten der PDS.**



Auf Kreisebene geben wir etwa 20 % mehr aus als die FDP und das 2,5 – fache der PDS.



6.) Möglichkeit der Einnahmenverbesserung aufgrund Wahlergebnisse in 2004.

Europawahl 2004

In der jetzigen Planung bis 2007 gehen wir für die Europawahl **2004** von einem Ergebnis von 8,6 % oder 2.3 Mio. Wählerstimmen bei gleicher Wahlbeteiligung wie in **1999** aus.

Wir werden dann 9 Europaabgeordnete statt wie bisher 4 haben. Zur Europawahl **1994** hatten wir mit 3 Mio. Stimmen ein Ergebnis über 10%. Weitere 600.000 Stimmen – über die 8,6% hinaus - machen für die Partei ca. 600.000 (Stimmen) * 0,70 €(pro Stimme) * 80% (Kappungsfaktor) ergibt **340.000 €** Hiervon behielte die **Bundespartei 102.000 €** beim aktuell gültigen Verteilungsschlüssel. Dazu kommt ein MdEP mit einem Sonderbeitrag von 0 – 16.800 Euro im Jahr. Diese Einnahmen könnten wir ab 2005 verbuchen.

Kommunalwahlen 2004

Insbesondere die Kommunalwahlen in den großen Flächenstaaten können die Finanzsituation verbessern. Alleine in NRW gingen 1999 1/3 der MandatsträgerInnen auf kommunaler Ebene verloren. Es wird geschätzt, dass alleine dadurch jährlich über 500.000 Euro an Spenden verloren gingen. Insgesamt gibt es 8 Kommunalwahlen. Bei einem verbesserten Wahlergebnis auf den Stand von 1999 kämen sicherlich bis zu 750.000 € mehr in die Kreiskassen.

Konsequenz für die Bundespartei – allerdings erst **ab 2006**: die staatliche Grundfinanzierung würde steigen, und zwar um 750.000 * 0,38 €(pro Spenden/Beitrags-Euro) * 80%(Kappungsfaktor) ergibt **215.000 €** Für die **Bundesebene also etwa 70.000 € im Jahr.**

Landtagswahlen

Die Ergebnisse der Landtagswahlen haben auf die staatliche Finanzierung auf Bundesebene nur geringen Einfluß. Pro Stimme erhält die Partei 56 Cent (0,70 €* 80%). 50 Cent hiervon werden aber direkt an die Länder ausgezahlt.

Beschluss zum Haushalt- BDK in Dresden am 28-30.11.2003

Einnahme - Ausgabe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2001 - 2002 in T€			
25.10.2003			
	2001	2002	Veränderung
Beiträge und Spenden	13.659	13.537	-122
Spenden von Unternehmen	592	1.055	+ 463
Habenzinsen	389	303	-86
Veranstaltungen	769	1.975	+ 1.206
staatliche Grundfinanzierung	7.809	8.705	+ 896
Sonstige Einnahmen	625	758	+ 133
<i>Summe der Einnahmen</i>	23.843	26.333	+ 2.490
Personalausgaben	7.174	7.313	+ 139
Lfd Gesch.	4.036	4.255	+ 219
Gremien	6.224	6.220	-4
Öffentlichkeit/Wahlen	5.171	11.329	+ 6.158
Zinsen	489	514	+ 25
Sonstige	533	481	-52
<i>Summe der Ausgaben</i>	23.627	30.112	+ 6.485
<i>Veränderung des Vermögens</i>	+ 216	-3.779	
Vermögensrechnung Ende 2001 und 2002 in T€			
Grundbesitz	11.235	11.268	+ 33
Büroausstattung	1.015	885	-130
Finanzanlagen	683	654	-29
Forderung staatliche Mittel	11	936	+ 925
Geldbestände	15.545	12.042	-3.503
Sonstige	1.117	1.320	+ 203
<i>Summe Aktiva</i>	29.606	27.105	-2.501
Rückstellungen	470	341	-129
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.097	7.893	+ 796
Sonstige Verbindlichkeiten	810	1.421	+ 611
<i>Summe der Passiva</i>	8.378	9.655	1.277
Reinvermögen	+ 21.228	+ 17.450	-3.778

Landesverbände

Vermögensrechnung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ende 2001 und 2002 in €			
Landesverbände	2001	2002	Veränderung
Grundbesitz	2.619.118	2.612.833	-6.285
Büroausstattung	401.635	348.633	-53.002
Finanzanlagen	360.107	280.267	-79.840
Forderung Gliederungen	2.307.777	4.233.487	+ 1.925.710
Geldbestände	5.854.908	4.257.901	-1.597.007
Sonstige	270.122	225.246	-44.876
<i>Summe Aktiva</i>	11.813.667	11.958.367	144.700
Rückstellungen	324.886	274.996	-49.890
Verbindlichkeiten Gliederunge	1.674.247	2.092.791	+ 418.544
Kreditinstitute	894.741	845.347	-49.394
S.Verbindlichkeiten	380.648	567.582	+ 186.934
<i>Summe der Passiva</i>	3.274.522	3.780.716	506.194
Reinvermögen	+ 8.539.145	+ 8.177.651	-361.494

Kreisverbände

Vermögensrechnung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ende 2001 und 2002 in €			
Kreis- und Ortsverbände	2001	2002	Veränderung
Grundbesitz	0	0	+ 0
Büroausstattung	236.673	178.375	-58.298
Finanzanlagen	307.806	359.201	+ 51.395
Forderung Gliederungen	2.575.087	2.650.879	+ 75.792
Geldbestände	8.961.879	7.655.136	-1.306.743
Sonstige	401.334	332.187	-69.147
<i>Summe Aktiva</i>	12.482.779	11.175.778	-1.307.001
Rückstellungen	112.676	35.160	-77.516
Verbindlichkeiten Kreditinstitu	4.870	9.093	+ 4.223
Verbindlichkeiten Gliederunge	1.015.656	1.110.172	+ 94.516
S.Verbindlichkeiten	356.520	356.407	-113
<i>Summe der Passiva</i>	1.489.722	1.510.832	21.110
Reinvermögen	+ 10.993.057	+ 9.664.946	-1.328.111